

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 167 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 12/2008 VOM 5. DEZEMBER 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Actio gleich  
reactio**

Newton in der StVV Eberswalde

7 | **Ungeniert und  
wider besseres Wissen**

Erdverkabelung statt Freileitung

14 | **Revolution  
in Eberswalde**

November/Dezember 1918

## Mehr Demokratie wagen?

### Stadtverwaltung Eberswalde contra Abgeordnetenrechte

Nach Auffassung des Eberswalder Bürgermeisters Friedhelm Boginski haben in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung nur noch jene Abgeordnete ein Rederecht, die ordentliche Ausschußmitglieder sind. Bisher konnten auch die anderen Stadtverordneten, wenn sie wollten, mit beratender Stimme an den Ausschußsitzungen teilnehmen. Sie konnten nicht mit abstimmen, aber mit ihrer Meinung und ihren Vorschlägen den Diskussionsprozeß bereichern.

Die neue Kommunalverfassung regelt künftig nur noch die Rechte der ordentlichen Ausschußmitglieder. Für alle anderen Abgeordneten werden die Rechte in den Ausschüssen nicht mehr von der Kommunalverfassung vorgegeben. Dafür sind jetzt die jeweiligen Vertretungen zuständig, die über weitergehende Rederechte in den Ausschüssen in jedem Einzelfall entscheiden oder dies generell im Rahmen der Hauptsatzung regeln können.

In Eberswalde gilt noch immer die in der vorigen Wahlperiode beschlossene Hauptsatzung. Darin ist die Regelung der alten Kommunalverfassung wortgleich übernommen und festgeschrieben. Das heißt, alle Stadtverordneten haben in allen Ausschüssen noch immer ein Rederecht.

Bürgermeister Boginski irrt, wenn er meint, die neue Kommunalverfassung würde diese Regelung der Hauptsatzung außer Kraft setzen.

Hier wirkt offenbar ein noch aus DDR-Zeiten stammendes Rechtsverständnis nach, wonach alles dem Verbot unterliegt, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. Einer der Grundsätze bürgerlicher Demokratie besagt aber genau das Gegenteil: Alles wofür es keine ausdrücklichen Verbote gibt, ist erlaubt! Der seitens der Eberswalder Stadtverwaltung praktizierte Entzug des Rederechts verstößt also gegen die geltende Hauptsatzung.

Beim Wechsel des Bürgermeisters vor zwei Jahren stand das Motto Willi Brandts »Mehr Demokratie wagen!« Pate. Von daher rührte viel des »frischen Winds« den Bürgermeister Boginski ins Eberswalder Rathaus bringen wollte. Und zum Teil brachte. Ist es damit jetzt vorbei?

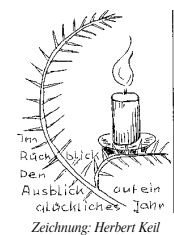
Herr Bürgermeister Boginski: Wagen Sie mehr Demokratie!

Wir haben in den letzten 20 Jahren und darüber hinaus doch schon oft genug erfahren, wohin Angst vor Kritik und damit verbundene Förderung von Schönfärberei führen.

GERD MARKMANN



Das idyllische Finowtal unterhalb Eberswaldes soll nach den Plänen des Landes von einer autobahnähnlichen Schnellstraße durchschnitten werden. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 3.



**Allen Leserinnen und Lesern**

**Frohe Weihnachten**

**wünschen Redaktion  
und Herausgeber der  
»Barnimer Bürgerpost«.**

Hoffen wir darauf, daß das neue Jahr ein friedliches wird.

Tun wir etwas dafür.

Stahlhelme zu Kochtöpfe.

Panzer in Theo Steils Schrottpresse!  
Bundeswehr raus aus Afghanistan!

## Ruprecht und Nikolaus

*Knecht Ruprecht hilft wie immer dem Nikolaus. Ihr wißt es ja, sie bringen beide am 6. Dezember die Geschenke für die kleinen und großen Kinder. Nikolaus ist der gute Mann, und verteilt die schönen Sachen und Knecht Ruprecht schwingt dazu die Rute.*

*Während des Jahres sitzt der Gehilfe in Himmelpfort und sortiert die Wunschzettel. Da kommt so einiges zusammen. Hier will einer ein Holzauto und ein Computerspiel. Manchmal werden noch Puppen, Bücher und Buntstifte gewünscht. Auch eine milde Gabe für die Tiere im Wald und viel Glück und Gesundheit für Mama stehen auf den Wunschzetteln.*

*Neuerdings werden auch größere Sachen gewünscht. Dort braucht eine Autofabrik ganz schnell eine Bürgerschaft von einer Milliarde. Da will eine öffentliche Bank aller vierzehn Tage zehn Milliarden Euro. Hier muß ein Geldsack mit geliehenem Geld unbedingt eine Fabrik kaufen. Mit ein paar Millionen gibt sich kaum noch einer ab. In Amerika, wo alles größer und die Menschen dicker sind, wünscht man sich schon tausend Milliarden für die armen Hausbesitzer. Steuerentlastungen für Autos und Erbschaften, Windräder und geräuschlose Rasenmäher sind im Gespräch.*

*Die bundesdeutsche Regierung spannt einen Geldschirm von 400 Milliarden auf. Auch werden noch Kriegsschiffe und Panzer gebraucht. Sogar der zweite Verband der Korkenzieherkonstrukteure und Paddelboothetzer will ein paar Euro. Hier wird ein Batzen für neue Straßen gewünscht, dort Geld für kosmopolitische Studien erbeten und einige Brosamen für die Dritte Welt sollten auch dabei sein.*

*Dort benötigt man dringend Geld, um den Beamten Weihnachtsgeld zu zahlen und für das Spritzenhaus der Dorffirewehr. Selbst politische Forderungen kommen auf den Tisch. Die Manager sollen nur eine Million Euro Gehalt im Jahr bekommen und keine Boni für Leistungen. Die Strompreise müßten sinken und das Wohngeld steigen.*

*Auch wird ein sozialer Kapitalismus mit menschlichem Antlitz gewünscht. Ökologisch soll er auf alle Fälle sein und die Menschen mit viel Arbeit glücklich machen. Nachhaltig müßte er auf alle Fälle sein und volkswirtschaftlich vernünftig. Auch die Rente sollte regelmäßig steigen. Und Wachstum wird natürlich auch gebraucht.*

*Für jeden ein warmes Plätzchen ohne viel Verantwortung und bedingungslose Grundversicherung, ohne dem ginge es gar nicht.*

*Zum Glück ist Knecht Ruprecht stumm und der Nikolaus fast erblindet. Außerdem sind die beiden schon hornalt und regen sich nicht mehr so leicht auf. Sonst wären sie von dem vielen Wünschen und Verschenken schon verblödet. Sie lassen sich aber nicht aus der Ruhe bringen und verschenken weiterhin Zimtsterne, Vanillekipfel und Bratäpfel.*

Dr. MANFRED PFAFF

## SPD Eberswalde mit neuem Vorstand

Daniel Kurth für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt

Die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Eberswalde haben auf ihrer Jahreshauptversammlung am 24. November turnusmäßig einen neuen Vorstand gewählt. Daniel Kurth (35, Verwaltungsangestellter) stellte sich erneut dem Votum der Mitglieder und wurde mit 19 Ja-Stimmen und bei einer Gegenstimme als Vorsitzender des Ortsvereins bestätigt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Lorenz Engel (37, Koch und Lehramtsstudent) gewählt. Die Funktion des Kassierers bleibt in den Händen von Clemens Pfütz (36, Diplom-Betriebswirt). Gerlind Lehmann (44, Diplom-Bibliothekarin) wurde als Schriftführerin im Amt bestätigt. Lorenz Engel, Clemens Pfütz und Cerlind Lehmann wurden jeweils einstimmig gewählt.

Den Vorstand komplettiert der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Hardy Lux (37, Diplom-Sozialwissenschaftler).

»Wir sind auf einem guten Weg. Auch wenn das Ergebnis der vergangenen Kommunalwahl nicht so erfolgreich für die Eberswalder Sozialdemokraten war. Wir werden weiterhin mit einem jungen, engagierten und erfahrenen Team für die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger aktiv sein«, so der Ortsvereinsvorsitzende Daniel Kurth nach seiner Wiederwahl.

Auf der Versammlung wurden auch die Delegierten für die Bundestagswahlkreis-Konferenz am 10.01.2008 gewählt.

LORENZ ENGEL, SPD-Ortsverein Eberswalde

## »Keine Politik auf Pump«

Linda Teuteberg zur Landtagsspitzenkandidatin der Jungen Liberalen gewählt

Auf ihrem 36. Landeskongress in Brandenburg/Havel haben die Jungen Liberalen (JuLis) Brandenburg Linda Teuteberg zu ihrer Spitzenkandidatin gewählt. Auf die 27-jährige Juristin aus Potsdam entfielen in geheimer Wahl 40 der 42 Delegiertenstimmen (95,2 Prozent). Zwei Delegierte enthielten sich der Stimme. Die Brandenburger JuLis wollen Teuteberg nunmehr auf einem sicheren Listenplatz bei der Landesdelegiertenkonferenz der FDP am 6. Dezember platzieren.

In ihrer Kandidatenrede sprach sich Teuteberg gegen eine Politik in Brandenburg aus, die weiterhin nur auf Pump finanziert wird. »Mittelfristig muß Brandenburg ohne Neuwerschuldung auskommen. Langfristig sollten die gesamten Schulden des Landes abgebaut werden, um uns von der Schuldenlast zu befreien.«, so Teuteberg zu den über vierzig Kongreßteilnehmern.

Teuteberg sprach sich dafür aus, sich deutlich von dem Selbstverständnis der Jungen Union abzugrenzen, die sich als »Abteilung Attacke« in der CDU/CSU bezeichnet: »Wir

Mit dem Motto »Kompetenz mit Konsequenz« und der 27-jährigen Linda Teuteberg als Kandidatin will der FDP-Nachwuchs in den Landtag Brandenburg einziehen.



werden in unserem Wahlkampf statt dessen auf „Kompetenz mit Konsequenz“ setzen, um unsere Forderungen nicht nur zu äußern, sondern auch umzusetzen.«

Im Vorfeld ist Linda Teuteberg von einer Mitgliederversammlung der FDP Potsdam einstimmig zur Direktkandidatin für den Wahlkreis 21 (Potsdam I) gewählt worden.

SERGEJ MATIS, Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Barnim

### Erdverkabelung oder Freileitung – Was ist teurer?

ZUM SCHLUß MÖCHTE ICH MICH NOCH MIT DEM KOSTENARGUMENT DER NETZBETREIBER AUSEINANDERSETZEN. DIESES ARGUMENT MÜSSEN WIR SEHR ERNST NEHMEN WEIL STROM IN DEUTSCHLAND ZU TEUER IST. ABER SELBST DANN, WENN 30 % DER ETWA 1000 KM NEUEN FREILEITUNGEN DURCH ERDKABEL ERSETZT WÜRDEN, WÄREN DIE STROMPREISE NUR MIT 0,004 CENT PRO KILOWATTSTUNDE BELASTET. BEI DIESER KOSTENABSCHÄTZUNG WURDEN DIE VIERFACHEN MEHRKOSTEN GEGENÜBER FREILEITUNGEN UNTERSTELLT.

IM EINZELFALL – DIES ZEIGT DAS BEISPIEL EINER NIEDERSÄCHSISCHEN PILOTTRASSE – GEHT ES KONKRET GEPLANT MIT DEM FAKTOR 2,7 NOCH DEUTLICH GÜNSTIGER. DIE KOSTEN WERDEN NACH DERZEITIGER RECHTLAGE ÜBER 40 JAHRE ABGESCHRIEBEN UND AUF DEN GESAMTEN STROMVERBRAUCH UMGELEGT. ALSO IST DIES ZU VERNACHLÄSSIGEN.

AUFGEWOGEN WIRD ES DURCH DIE BESCHLEUNIGTE FERTIGSTELLUNG, DURCH GERINGERE STROMVERLUSTE BEI DER ERDKABELUNG UND EINE GRÖßERE WIRTSCHAFTLICHKEIT IN DER UNTERHALTUNG DER TRASSE.

CHRISTIAN WULFF (CDU), niedersächsischer Ministerpräsident, Rede auf der der 847. Bundesratsitzung am 19. September 2008

## »Nullvariante« bleibt ausgeblendet Neues Mischfutterwerk

Zum Stand des Raumordnungsverfahrens (ROV) der »Ortsumgehung«: B 167/158 neu

Wie der örtlichen Presse zu entnehmen war, hat die Gemeinsame Landesplanungsabteilung, das ROV zur B167/158 neu wieder aufgenommen und Träger öffentlicher Belange (TÖB) zu einer Stellungnahme aufgefordert. Das Verfahren zu den Varianten 1, 2 und 3 mit Untervarianten wurde um neue Vorschläge, die als a, b und c bezeichnet wurden, ergänzt. Diese neuen Trassenverläufe liegen allesamt im bereits festgelegten Untersuchungsraum. Der Landesbetrieb für Straßenwesen teilte mit Schreiben vom 21.10.2008 den TÖB mit, daß die Variante 3 nach wie vor die Vorzugsvariante bleibt und bittet um Stellungnahmen.

Es fragt sich, was das bedeuten soll?? Denn das Verfahren war ja gerade wegen der vielen Kritikpunkte an der Variante 3 in Februar 2008 ausgesetzt worden.

Jetzt wurden die betroffenen Bürger wieder nicht informiert, obwohl in der ersten Phase des ROV die Bürgerbeteiligung sehr intensiv war und zahlreiche Stellungnahmen bei der Landesbehörde eingegangen waren. Diese wurden – so geht es aus den aktuellen Unterlagen der Landesplanung hervor – nicht berücksichtigt. Die neuen Ergebnisse der Verkehrszählung (2006) in Eberswalde scheinen auch nicht einbezogen worden zu sein. Mit anderen Worten: wir sind jetzt wieder bei dem Stand vom November/Dezember 2007. Denn die Bürger haben sich die Informationen erneut über die Naturschutzverbände beschafft, nachdem die MOZ über die Wiederaufnahme des Verfahrens berichtet hatte.

Es ist zu hoffen, daß sich alle Beteiligten daran erinnern, warum im vorigen Jahr alle 3 Varianten von der Stadt Eberswalde, dem Kreis Barnim, einigen betroffenen Kommunen und von vielen Bürgern abgelehnt wurden. Die Fra-

ge einer »Nullvariante« steht also weiter unbeantwortet im Raum. Dabei könnte ja endlich mal die Ampelschaltung optimiert werden!

Natürlich sehen auch wir die Notwendigkeit, im Zuge der jetzigen B167/158 »echte« Umgehungen zu schaffen. Diese erfordern jedoch keinen Ausbaustandard für 100 km/h – sprich entsprechende Kurvenradien und wenige Knotenpunkte! Die Befürworter der neuen Straße sollten bedenken, daß es einen gewaltigen Unterschied macht, ob mit 50 oder 100 km/h durch den Ort gefahren wird und daß man große Umwege in Kauf nehmen muß, um als Anwohner die Straße nutzen zu können. Wozu auch, denn die bisherige Straße wird ja nicht verschwinden. Zudem wäre die neue Straße 8 km länger als die jetzige B 167, verläßt bisher ruhige Wohnbereiche der Stadt und zerschneidet die Landschaft in erheblichem Ausmaß.

Ungeachtet aller einzelnen Kritikpunkte ist grundsätzlich festzuhalten, daß die Variante 3 (1 und 2 waren schon längst aus naturschutzfachlicher Sicht beerdigt!!) de facto keine Umgehungsstraße darstellt und schon deshalb das ganze Vorhaben abzulehnen ist. Denn die Stadt Eberswalde wird dadurch um höchstens 25 Prozent des Durchgangsverkehrs entlastet, braucht also zusätzlich eine stadteigene Lösung. Nach Aussage des Brandenburger Verkehrsministers Dellmann ist es auch nicht das Anliegen der Landesplanung, neuen Schwerverkehr in die Region zu holen.

**Die BI bleibt bei ihrer Position: Keine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde!**

*Dr. MAGDALENE WESTENDORFF,  
Bürgerinitiative Keine Schnellstraße zwischen  
Eberswalde und Bad Freienwalde*

## Erneute Beteiligung ist eine Farce

Anläßlich des Raumordnungsverfahrens für die Straßenplanung B167/B158 zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde sprechen sich die NaturFreunde Brandenburg erneut aus naturschutzfachlichen und verkehrsplanerischen Gründen gegen die bisherigen Planungen aus.

Die bereits vor einem Jahr im Rahmen des Raumordnungsverfahrens geäußerten Bedenken wurden in keiner Weise berücksichtigt. Offenbar sieht der Vorhabensträger – also der Landesbetrieb Straßenbau – das derzeitige Verfahren nur als lästige Formalie an.

Bernd Müller, Vorsitzender der Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland: »Die vorgeschlagenen ergänzenden Trassierungen sind ein Witz. Durch die Verlängerung der gegenwärtigen Verbindung Bad Freienwalde-Eberswalde von derzeit 13 Kilometer auf gut 21 Kilometer, ist die Strecke für Vielfahrer wie Pendler völlig uninteressant. Bei der

Entwicklung der Treibstoffpreise ist eine verlängerte Fahrstrecke von etwa 16 Kilometern bei Hin- und Rückfahrt aus Gründen der Kosten, aber auch aus Gründen der zusätzlichen Luftverschmutzung nicht akzeptabel.«

Die Fledermauspopulation Ahrendskehle ist stark gefährdet. Im Hainsimsen-Buchenwald mit relativ hohem Totholzvorkommen sind nach BNatSchG geschützte Arten von Pflanzen und Tieren zu vermuten. Bernd Müller: »Wir fordern eine intensive naturschutzfachliche Untersuchung der FFH-Gebiete Sonnenburger Wald und Ahrendskehle und seiner Radbereiche, wie dem Hammerthal, sowie des Landschaftsschutzgebiets Freienwalder Waldkomplex.«

Rüdiger Herzog, Landesvorsitzender der NaturFreunde Brandenburg: »Die prognostizierten Verkehrsmengen sind aus der Luft gegriffen. Auf widersprüchliche und unseriöse Berechnungen ha-

ben wir bereits vor einem Jahr hingewiesen. Aber der Landesbetrieb Straßenbau scheint beratungsresistent zu sein.« Zu den Mängeln gehört beispielsweise, daß die demografische Entwicklung unberücksichtigt bleibt. Beachtet werden muß auch, daß der Entlastungseffekt dieses großräumigen Straßenzuges äußerst gering wäre, da die Verkehrsbelegung zum größten Teil auf Quell- und Zielverkehr der betroffenen Kommunen beruht.

Umfang und Qualität der Unterlagen für das Raumordnungsverfahren bleiben weiterhin völlig unzulänglich. Die NaturFreunde fordern daher den Abbruch des Verfahrens. Die Stellungnahme zu den verkehrsplanerischen Aspekten ist abrufbar unter: [www.naturfreunde-brandenburg.de](http://www.naturfreunde-brandenburg.de)

### Schulverein

**Finow (bbp).** Die nächste Versammlung des Vereins »Freie Oberschule Finow« findet am Dienstag, den 9. Dezember, um 18 Uhr im Schulgebäude in der Biesenthaler Straße, »in der inzwischen total schicken, gemalerten Aula« statt. »Das Jahr geht zu Ende und vor uns steht das entscheidende Jahr für die Freie Oberschule Finow«, sagt der Vereinsvorsitzende Hartwin Schulz. Auf der Tagesordnung stehen die Information und Diskussion zum aktuellen Bauzustand, zur Finanzlage, der Schülerwerbung sowie dem Beginn des geplanten Schul-Cafés.

Das dritte newtonsche Prinzip »Aktion gleich Reaktion« gilt als Gesetz der Bewegung in der Physik, aber sicher nicht nur dort. »Kräfte treten immer paarweise auf. Übt ein Körper A auf einen anderen Körper B eine Kraft aus (actio), so wirkt eine gleichgroße, aber entgegen gerichtete Kraft von Körper B auf Körper A (reactio).«

Daß ich dieses dritte newtonsche Prinzip in der Sitzung der StVV am 22. November bemühte, hatten gewiß nicht alle Stadtverordneten verstanden. Und die es verstanden, werden rätseln, was denn gemeint sein könnte.

Die »Aktion«, die Gegenstand meines Diskussionsbeitrages war, ist die Änderung der Kommunalverfassung Brandenburg, die nur den in die Ausschüsse gewählten Abgeordneten Rederecht in den Ausschüssen zugesteht. Andere Abgeordnete sind den interessierten Bürgern gleichgestellt und dürfen wie diese nur noch in der Einwohnerfragestunde Fragen stellen, Vorschläge machen und Meinungen äußern. In der Regel gehört jeder Stadtverordnete zumindest einem Ausschuß als Mitglied ab, hat dort also Rede- und Stimmrecht.

Fraktionslose Abgeordnete aber haben kein Anrecht auf einen Ausschußsitz und demzufolge keine Möglichkeit der aktiven Mitwirkung in den Ausschüssen. Dies ist zweifelsfrei eine Benachteiligung von politischen Minderheiten, die vom Gesetzgeber so gewollt ist. Die Kommunalverfassung Brandenburg gibt den Fraktionen eine hervorgehobene Stellung. Ihnen werden Rechte zugesprochen, die einzelne Abgeordnete nicht haben, z.B. Recht zur Einreichung von Vorlagen, Entsendung von Mitgliedern in die Ausschüsse und sonstigen Gremien (Aufsichtsräte), Fraktionsgelder für die Arbeit der Fraktionen u.a. Fraktionslose Abgeordnete sind auf die Gnade der beherrschenden

Die Freien Wähler wollen die Eintrittspreise für den Familiengarten für Familien mit kleinen Kindern im Vorschulalter attraktiver gestalten. Hierzu haben sie einen Antrag in die nächste StVV eingebracht, für Kinder bis 6 Jahren kein Eintrittsgeld zu erheben.

Zur Erich-Mühsam-Straße (2.BA) wurde ebenfalls ein Antrag eingebracht: Beibehaltung der aktuellen Straßen- und Gehwegbreiten. Die Stadtverordneten hatten im April 2008 beschlossen, die Straße 1 m breiter zu bauen (8,50 m statt wie bisher 7,50 m) – zu Lasten der Gehwege und der Baumfelder. Die Freien Wähler unterstützen hier die Anliegerwünsche. Die Verbreiterung der Straße macht Baumpflanzungen unmöglich und führt zu erheblichen Mehrkosten (z.B. würden ca. 370 m<sup>2</sup> Granit-Großpflaster mehr benötigt). Die von den Anliegern hartnäckig verteidigte Ausbauvariante (historische Rekonstruktion) unterstützen wir mit diesem Antrag. Die Mehrkosten für die Stadtkasse betragen bei historischem Ausbau ca. 11.000 Euro (Gesamtvolumen der Baumaßnahme: ca. 770.000 Euro).

4 Diese Variante hat jedoch eine längere Lebensdauer als die Asphaltausführung. Die Diskussion um die Mühsamstraße und den

## Actio gleich reactio

den Mehrheiten angewiesen, z.B. wenn Rede-rechte beantragt und beschlossen werden oder eine Fraktion einen Fraktionslosen für einen Ausschuß benennt (wie z.B. die FDP Dr. Hans Mai für den Bauausschuß). Von dieser Änderung der Kommunalverfassung sind in der StVV Eberswalde immerhin vier Abgeordnete betroffen, also mehr als zehn Prozent.

Hintergrund der Kommunalverfassung ist die Meinung, daß durch die Arbeit der Fraktionen die Möglichkeiten und Chancen der Bildung von Mehrheitsmeinungen und damit die parlamentarische Arbeit vereinfacht werde. Würden in den Ausschüssen alle Abgeordneten Rederecht haben, gebe es unendliche Diskussionen, wird befürchtet. Auf diese Weise kommen politische Mehrheiten durch den Ausschluß politischer Minderheiten zustande.

Indem die Kommunalverfassung in den Ausschüssen nur Mitgliedern ein Rederecht zugesteht, schließt sie eine umfassende Meinungsbildung der Abgeordneten in den Ausschüssen aus. Das führt zwangsläufig zur Verlagerung von Fachdiskussionen, die im Ausschuß nicht geführt werden können, in die Stadtverordnetenversammlung. Das oft gebrauchte Argument gegen Sachdiskussionen in der StVV, diese gehörten in die Ausschüsse, greift unter diesen Bedingungen nicht mehr.

Mein Appell an die Stadtverordneten, nicht in vorauseilendem Gehorsam die Kommunalverfassung umzusetzen, sondern den Zeitraum der Anpassung von sechs Monaten zu nutzen, um in der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung Regelungen zu finden, die die Rechte der Fraktionslosen stärken, ist offensichtlich ver-

hüllt. Bisher gibt es keinerlei Aktivität seitens der Fraktionen, an den beschriebenen negativen Auswirkungen der Kommunalverfassung etwas zu ändern. Ist das so, weil die Fraktionen letztlich die Nutznießer der Verfassungsänderung sind? Die Ausschußsitzte und Sitze in den weiteren Gremien, die von Fraktionslosen nicht besetzt werden können, fallen den Fraktionen zu. Fraktionsgelder, die nur nach Haushaltslage gewährt werden können, sind etwas sicherer, weil etwas niedriger, wenn die Fraktionslosen nicht auch Geld aus diesem Topf erhalten.

Aktion gleich Reaktion. Welche Reaktion ist im konkreten Fall von den Fraktionslosen zu erwarten? Wenn die Fraktionslosen sich nicht mit dem Katzentisch abfinden wollen, dann können auch sie sich zu einer Fraktion zusammenschließen. Dies ist bisher aus inhaltlichen Gründen nicht geschehen. Eine Fraktion von drei Fraktionslosen ist dennoch denkbar, ein Konstrukt, das nur den Zweck verfolgt, den Entzug von Rechten zu umgehen. Eine Fraktion, die tatsächlich keine ist und deren Mitglieder weiterhin wie Fraktionslose agieren.

Durch die Fraktionsgründung müßten sich die übrigen Fraktionen auf die Abgabe von insgesamt fünf Ausschußsitzten einstellen. Auch in den von Stadtverordneten zu besetzenden Gremien könnte es Änderungen geben. Selbstverständlich würde auch diese Fraktion von den finanziellen Mitteln (Fraktionsgeldern) profitieren. Ob dies mit den Wünschen der übrigen Fraktionen in Übereinstimmung ist, darf bezweifelt werden.

ALBRECHT TRILLER

## FWE mit vier Anträgen zur StVV

Straßenbau in historischen Vierteln hat die Freien Wähler dazu veranlaßt, sich mit diesem Thema näher zu befassen. So war es z.B. bisher kaum bekannt, daß 1995 durch die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde zwei Erhaltungsgebiete nach § 172 BauGB festgelegt wurden. Unter anderem fallen die Mühsamstraße, die Ossietzkystraße, die August-Bebel-Str. und viele andere historische Straßenzüge in diese Erhaltungssatzung. Dies hat uns veranlaßt den Antrag zu stellen, für einzelne Straßenzüge die Ausarbeitung einer Denkmalbereichssatzung zu prüfen. Die Pflasterung der gesamten Schillerstraße mit Schillertreppe steht bereits unter Denkmalschutz. Die Erhaltung wertvollen Kulturgutes liegt uns sehr am Herzen.

Die Freien Wähler haben desweiteren den Antrag gestellt, ergänzend zu den bereits bestehenden Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung einen Wirtschaftsausschuß zu bilden. Auf den Tagesordnungen der nächsten Jahre werden zunehmend wirtschaftspolitische Problemstellungen zu finden sein – in Zusammenhang mit kommunalen und privaten Inve-

stitutionen und unternehmerischen Entscheidungen. Ein wichtiges Thema ist und bleibt auch die Förderung des Mittelstandes und die Förderung unserer Wirtschaftsregion. Angesichts der Entwicklung der Weltwirtschaft und der Finanzkrise werden auch alle Investitionsentscheidungen und Planungen der Stadt einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und Region haben. Diese Entscheidungen gilt es kompetent in einem Fachausschuß zu prüfen, um der Stadtverordnetenversammlung Handlungsempfehlungen geben zu können.

In einem Brief an den Bürgermeister bitten die Freien Wähler, den für die Abgeordneten geplanten »Workshop Straßenbau« öffentlich abzuhalten, damit alle Bürger die Möglichkeit erhalten, die Diskussion und Informationen zu verfolgen. Da viele Straßenbaumaßnahmen in der Stadt mit teilweise bis zu 65 % von den Bürgern (Anliegern) bezahlt werden müssen, sollten diese auch die Gelegenheit bekommen diesem Workshop als stiller Besucher beizuwohnen.

HEIKE ECKE



# In keine Schublade

Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde am 28. September konnten die Wählervereinigungen und Einzelbewerber ihren Stimmenanteil auf 21 Prozent erhöhen. Sie stellen nun 7 der 36 Stadtverordneten. Die in dem Beitrag »Diesmal schwarz« (BBP 10/2008) vorgenommene »Schubladen-einteilung« hat sich bei zwei der drei Wählervereinigungen sehr schnell bestätigt. Das als radikal-demokratisch charakterisierte Bündnis für ein demokratisches Eberswalde tat sich gleich auf der ersten StVV-Sitzung mit radikaler Kritik an undemokratischen Durchpeitschen der Geschäftsordnung hervor. Auch die Bürgerfraktion Barnim (BFB) beilegte sich, dem Etikett »liberaldemokratisch« sofort mittels formellem Bündnis mit der FDP zu entsprechen.

Die dritte »bürgerbewegte« Gruppierung hingegen »sträubt« sich gegen die verteilte »bürgerlich-konservative« Schublade. Sie dokumentierte dies zunächst durch Umbenennung in »Freie Wähler Eberswalde« und Gründung eines eigenen Wahlvereins. Mit Dr. Günter Spangenberg suchte gerade jene Person das Weiße, die am meisten für die Verbindung mit den Rechtspopulisten um den Bernauer Zahnarzt Dr. Weßlau stand. Aufnahme in den neuen Wahlverein hingegen fanden die Ex-Sozialdemokraten um Peter Kikow, die in diesem Sommer und Herbst ihre einstige Partei im Streit verlassen hatten. Dank des von Jürgen Kumm mitgebrachten Stadtverordnetenmandates konnten die Freien Wähler so auch ihren Fraktionsstatus erhalten.

Neben den Ex-SPDlern haben die Freien Wähler auch frühere Anhänger der Schill-Partei in den Reihen. So war Vorstandsmitglied Manfred Ehlert im Jahr 2003 der Bürgermeisterkandidat der »Rechtsstaatlichen Offensive«. Rückschlüsse auf die heutige politische Ausrichtung lassen sich daraus aber nicht ziehen. Menschen ändern sich und können aus Fehlern lernen. Beispielsweise wechselte der Ex-Schillianer Sandro Borchert schon 2005 zur SPD und der einstige DVU-Landtagskandidat und noch 2006 in dieser rechtsextremen Partei registrierte Martin Hoeck engagiert sich heute bei der FDP.

## Steuerschulden aus Stadtwerkeverkauf

**Eberswalde (bbp).** Demnächst werden für die stadteigenen Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) mehr als 2 Millionen Kapitalertragssteuern fällig. Das teilte jetzt das zuständige Finanzamt mit. Besteuert werden die 2006 und 2007 ertragswirksam gewordenen Erlöse aus dem Verkauf der Stadtwerke-Anteile.

Der Stadtwerke-Verkauf war Anfang Mai 2005 von den Eberswalder Hauptausschußmitgliedern in ihrer Funktion als Gesellschafterversammlung der TWE beschlossen worden. Rechtswidrig, wie sich zwei Monate später herausstellte. Der damalige Finanzdezernent Uwe

Auffällig ist der relativ hohe Anteil von Handwerkern und anderen Kleinunternehmern in der neuen Wählervereinigung. Deren zunehmende politische Aktivität kommt nicht von ungefähr. Das kleine Bürgertum zählte bis in unsere Zeit zu den wichtigsten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, ist aber von den Krisen des Kapitalismus mit am stärksten betroffen. Kapitalismus bedeutet die fortwährende Umwälzung sämtlicher gesellschaftlicher Verhältnisse schrieben vor 160 Jahren Marx und Engels weit vorausschauend im Kommunistischen Manifest. Die damit einhergehende Zerstörung der Existenzbedingungen gerade der Mittelschichten ist kein neues Phänomen, gewinnt aber seit dem Übergang des Kapitalismus in seine postfordistische Phase ab ca. 1980/90 an Bedeutung. Zumal inzwischen klar ist, daß die von der New Economy der 90er Jahre und den Antiterror- und Klimakriegen des beginnenden 21. Jahrhunderts injizierten Konjunkturphasen nur Strohfeuer blieben und den Ausbruch um so mächtigerer Krisen nur hinausschoben. Mittlerweile stellt sich die kapitalistische Gesellschaft als Ganzes in Frage, ohne daß schon etwas Neues erkennbar wäre.

Aus dieser Entwicklung erwachsen Unsicherheiten und Ängste, die sich u.a. in zunehmender Unzufriedenheit mit den politisch Agierenden ausdrücken. Ein Reservoir, das die rechten Rattenfänger für ihre Jagd auf willige Parteigänger nutzen. Aber dieser Gemengelage aus Unsicherheit, Angst und Unzufriedenheit entspringen auch neue politische Gruppen, wie die Freien Wähler Eberswalde und andere. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen ist dabei der erste gemeinsame Nenner.

In ihrer Selbstdarstellung bezeichnen die Freien Wähler ihre Politik als »sachbezogen, unabhängig und bürgernah«. Was hinter solchen Allgemeinplätzen, mit denen sich auch andere schmücken, tatsächlich steckt, wird die künftig von den Freien Wählern praktizierte Politik zeigen. Erste konkrete Anhaltspunkte finden sich auf deren sehr informativen Internetseite ([www.eberswalder-buerger.de](http://www.eberswalder-buerger.de)).

GERD MARKMANN

Birk hatte versprochen, daß die Stadt die aufgelaufenen Haushaltsdefizite »mit einem Schlag wegbekommen« würde (BBP 8/2005). Zwei Jahre später konnte der neue Bürgermeister auf einen Haushaltsüberschuß verweisen – auch ohne den Griff ins Eingemachte.

Insgesamt nahmen die TWE 16,7 Millionen Euro aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile ein. Der größte Teil davon liegt auf den Konten der TWE. Mit dieser Liquiditätsreserve sollen laut Plan bis 2017 die jährlichen Defizite der TWE ausgeglichen werden. Dieses Ziel ist nun durch die Steuernachforderungen gefährdet.

## Vom DSL verschont

*Schnelles Internet – noch immer Luxus!?*

Jetzt hat sich sogar »unsere« Kanzlerin des Problems angenommen, daß noch immer weite Teile der Republik keinen qualifizierten Zugang zum Internet haben und nun soll es nach JAHREN endlich besser werden.

Dabei ist es durchaus nicht so, daß nur die Dörfer wie immer vom Fortschritt erst später erreicht werden. Nein, es gibt ländliche Regionen, die besser angeschlossen sind als manche Städte. So auch im Barnim und in Eberswalde. Ich beschränke mich hier nur auf die Stadt.

Wir (nach Aussage »richtiger« Stadtbewohner) Landeier in Tornow und Sommerfelde (hier nur teilweise) sowie in der Clara-Zetkin-Siedlung werden von der DSL-Versorgung komplett verschont. Wir können nur über unsere Telefonleitung mit Engelsgeduld versuchen, eine Verbindung – wenigstens manchmal – zur Welt aufzubauen, um wichtige und heute selbstverständliche Dinge zu erledigen. Oder man hat einen »Kumpel« in der Stadt!



Stadtwerke bieten Online-Tarifen nur für Privilegierte.

Nun ist die Rede von Alternativen, die aber allesamt wesentlich teurer und manchmal auch nur im Nachbarschaftsverbund realisierbar sind. Bis dahin dümpeln wir also wie viele andere, trotz unserer langjährigen Anträge privat und vor allem auch beruflich weiter vor uns hin! Es ist schon ernsthaft geschäftsschädigend, nicht schnell per Netz erreichbar zu sein. Und wenn dann noch die Stadtwerke Eberswalde einen günstigen Online-Tarif für ihre Gaskunden anbieten, zu dem es keine!!! – selbst bei persönlicher Nachfrage am 13.11.2008 – mündliche Auskunft gibt, dann fühlt man sich regelrecht geohrfeigt. Diese Art der Diskriminierung seitens der Stadtwerke, das muß natürlich angemerkt werden, trifft nicht nur die Kunden ohne verfügbares schnelles Netz, sondern viele langjährige, treue Kunden, die meist zu alt für die Einarbeitung in die Welt der Computer sind. Ist das etwa »Kundendienst«? Und das ist nur ein kleines Beispiel! Die Liste ähnlicher Fälle bei anderen Firmen ist mit Sicherheit sehr lang. Vom »Luxus«, qualifizierte Auskünfte aller Art nunmehr von den meisten Unternehmen und Institutionen de facto nur noch per Internet zu erhalten, will ich lieber schweigen. Hoffentlich reicht der Arm der Kanzlerin auch bis Eberswalde!

Dr. MAGDALENE WESTENDORFF,  
Eberswalde, OT Tornow

## »Antrittsaudienz«

OrtsvorsteherInnen beim Bürgermeister

Am 25. November 2008 fand die erste Beratung des Eberswalder Bürgermeisters mit den ehrenamtlichen OrtsvorsteherInnen für die Wahlperiode 2008 bis 2014 statt. Zugegen war auch die komplette Verwaltungsspitze. Schwerpunkt der Beratung war, daß sich der Bürgermeister einen ersten Eindruck verschaffte, ob die gewählten OrtsvorsteherInnen, insbesondere diejenigen, die das erstmal im Amt sind, einen guten Start hatten und ob es aktuelle Probleme gibt. Weiterhin war die Verständigung zu den im ersten Halbjahr 2009 stattfindenden Einwohnerversammlungen in den jeweiligen Ortsteilen auf der Agenda.

Der traditionellen sollte eine thematische Einwohnerversammlung vorausgehen. Für die Ortsteile Finow und Brandenburgisches Viertel ist geplant, voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar 2009 zu dem vom Energieriesen Vattenfall beabsichtigten Bau der 380-Kilovolt-Stromleitung als Freileitung (Uckermarkleitung), zu informieren. Dazu gibt es am 8. Dezember im Eberswalder Rathaus eine inhaltliche und organisatorische Abstimmungsrunde mit den Ortsvorstehern von Finow und Brandenburgisches Viertel geben, dessen Ergebnis man in der Januarausgabe des Eberswalder Amtsblattes wird nachlesen können.

Weiterer Schwerpunkt der Beratung war das leidige Thema »Ordnung und Sicherheit« in den Ortsteilen. Bürgermeister Boginski regte an, daß ein jeder in seinem Zuständigkeitsbereich mit den relevanten Vereinen und Verbänden, aber auch Kitas, sowie den Wohnungsgesellschaften eine gemeinsame Initiative starten sollte, um sich im Rahmen des jährlichen Frühjahrsputzes, der Ordnung auf den Spielplätzen zu widmen. Gleichzeitig machte Boginski darauf aufmerksam, daß jeder Ortsteil ein »Kontingent« von Ein-Euro-Jobbern für die Ortsteilpflege erhalten wird. Für das Brandenburgische Viertel werden 16 Kräfte eingeplant, die alle über die Projektgruppe »Öffentliche Beschäftigungsförderung« der Stadtverwaltung in Abstimmung mit den zuständigen Fachämtern zum Einsatz kommen sollen.

Meinerseits gibt es diesbezüglich, insbesondere hinsichtlich des Sklaverei-ähnlichen Charakters und der Stigmatisierung der Betroffenen, nach wie vor große Vorbehalte. Ich werde mich aber sehr wohl darum kümmern, daß das soziale Umfeld, wie angemessene Pausenräume, preiswerte Angebote in der Pausenversorgung sowie die Grundregeln des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Anwendung gebracht werden.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß am 14. Dezember ab 14 Uhr in der Sporthalle des Sportvereins »Medizin« der sehr beliebte Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel stattfindet.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels und Stadtverordneter

## Bockhardt liegt mal wieder daneben

Zu den Äußerungen von Vizelandrat Carsten Bockhardt (CDU) zu Baumschutz und Ersatzpflanzungen (MOZ vom 20.11.08, »Ökodorf Brodowin erhält junge Allee«) erklärt KARL-DIETRICH LAFFIN, Sprecher der Bündnisgrünen im Barnim:

Bockhardt liegt hier wieder einmal gründlich daneben. Zu behaupten, daß es aufgrund der Haltung der Grünen immer schwerer werde, geeignete Standorte für Ersatzpflanzungen zu finden, ist absurd. Alleen oder Baumreihen entlang von öffentlichen Straßen werden durch den jeweiligen Baulastträger gepflanzt und gepflegt. Das ist bei Bundes- und Landesstraßen der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, bei Kreis- und Gemeindestraßen die Kreisverwaltung bzw. die Städte und Gemeinden. Daß an Straßen außerhalb von Ortschaften Pflanzstandorte knapp werden, liegt an in zwischen vorgegebenen größeren Pflanzabständen von der Fahrbahnkante, die oft Landerwerb erfordern, an den vielen straßenparallel verlegten Leitungen und nicht zuletzt daran, daß noch ein relativ hoher Baumbestand an den Straßen vorhanden ist. Nur mit letzterem haben die »Grünen« etwas zu tun. Falls Herr Bockhardt das gemeint haben sollte, hat er allerdings Recht.

Auch bezüglich des »Engagements der Bürger« für Bäume verdreht Bockhardt völlig die Tatsachen. Die landesweite Baumschutzsatzung ist seit geraumer Zeit stark aufgeweicht. Die Verfechter ihrer Abschaffung hatten damals argumentiert, die Bürger wären ohne strengen Baumschutz eher bereit, junge Bäume

zu pflanzen. Das Ergebnis ist bekannt. Seit der Lockerung des Baumschutzes sind im Kreisgebiet massiv alte, wertvolle Bäume auf Privatgrundstücken gefällt worden. Vom Ausmaß dessen waren sowohl der Umweltausschuß des Kreistages als auch die Untere Naturschutzbehörde entsetzt. Sie schlugen vor, wieder eine vernünftige, kreisweite Baumschutzsatzung einzuführen. Herr Bockhardt hat dies bis heute verhindert. Die »Grünen« im Bockhardtschen Sinne haben mit ihrem Widerstand gegen unberechtigte Fällungen und mit ihrer kritischen Begleitung geplanter Eingriffe nicht nur zahlreiche Bäume vor dem zu frühen Tod bewahrt, sondern auch ein verstärktes Nachdenken über den Umgang mit unseren Alleen ausgelöst. Als ein Ergebnis dessen wurde am 20. November in einem Expertenkolloquium an der FH Eberswalde der neue »Aktionsplan Alleen im Barnim« vorgestellt. Zur Diskussion dieses Projektes trafen sich alle Alleen-Interessierten des Kreises und darüber hinaus. Vertreten waren neben den Auftraggebern Landesbetrieb Straßenwesen und Untere Naturschutzbehörde, Wissenschaftler, Planer, Naturschutzverbände und Schutzgebietsverwaltungen. Carsten Bockhardt war leider nicht dabei. Hier hätte der Träger der »Goldenen Kettensäge« etwas lernen können.

## Kommune erhielt Demokratiepreis

Die Stadt Biesenthal gewann mit dem Engagement ihrer Einrichtungen, Vereine und Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger für Demokratie, Weltoffenheit, Toleranz und den Schutz der Menschenrechte sowie gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus den Demokratiepreis der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark. Dreizehn Einzelpersonen, Initiativen und Vereine, Jugend- und Bürgerbündnisse, Schulen, Kindergärten, Unternehmen, Kirchgemeinden und Kommunen aus dem Landkreis Barnim hatten sich mit ihren Projekten und Aktivitäten um den Förderpreis beworben. Er wurde am 21. November 2008 zum ersten Mal verliehen. Eine Jury mit Vertretern der Bürgerstiftung Barnim Uckermark und den Stiftern des Preisgeldes nominierte drei Kandidaten für den Förderpreis. Der Förderpreis ist mit einem Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro dotiert. Das Preisgeld wird von Unternehmen und Privatpersonen aus dem Landkreis Barnim gestiftet.

Stellvertretende für die vielen Akteure der Stadt nahmen der Bürgermeister André Stahl, Lena Bonsiepen, ehrenamtliche Internetredakteurin der Stadt, Elke Eckert von der Lokalen Agenda, Barbara Beyer vom Wukeys e.V., Dietmar Groß vom Sportverein Biesenthal 90 und Heribert Rustike vom Verein »Kultur im



André Stahl, Uta Leichsenring (vorsitzende der Bürgerstiftung und Preisverleiherin), Elke Eckert, Dietmar Groß, Lena Bonsiepen, Heribert Rustike und Barbara Beyer (vorn).

Bahnhof« den Preis in Empfang. Im Namen der Stadt bedankte sich André Stahl und würdigte insbesondere das große gemeinschaftliche Engagement der Bürger »seiner Stadt«. Mit stolz verwies er darauf, daß am Familienfest der Stadt unter dem Slogan »bunt statt braun« mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung teilnahmen. In ihrer Laudatio würdigte Frau Leichsenring gerade dieses Projekt- und Vereinsübergreifende Engagement, was die Jury bewogen hat, sich für die Stadt Biesenthal als Preisträger zu entscheiden. Zugleich würdigte sie auch die weiteren 12 Bewerber und deren Engagement für Demokratie.

MARGITTA MÄCHTIG



BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat:

## Ungeniert und wider besseres Wissen

Vor dem Hintergrund der inzwischen auch auf Bundesebene geführten Diskussion über eine mögliche Erdverkabelung der als Freileitung von Vattenfall beantragten Uckermarkleitung von Bertikow über Vierraden nach Neuenhagen mitten durch das Biosphärenreservat, einige Dörfer und Eberswalde, kann es am Donnerstag, den 20.11.2008 im Brandenburger Landtag zu einer Debatte um ein mögliches Erdkabelgesetz in Brandenburg. Der Gesetzentwurf, von den LINKEN eingebracht, orientierte sich sehr eng an dem in Niedersachsen bereits bestehenden Erdkabelgesetz.

Ziel des Antrags war, zunächst in den zuständigen Ausschüssen über eine mögliche Ausgestaltung eines entsprechenden Gesetzes zu beraten. Mit dem Stimmen von DVU, CDU und SPD (dort nur zwei Ja-Stimmen, eine Enthaltung) wurde dieses Ansinnen abgelehnt.

Die von CDU und SPD durchweg inhaltsleer und sachfremd geführte Debatte offenbarte einmal mehr die Unfähigkeit der brandenburgischen Regierungsparteien im Interesse des Landes, seiner Bevölkerung und Natur zu inhaltlich tragbaren und für die Bevölkerung nachvollziehbaren Lösungen zu kommen.

Obwohl der CDU-Ministerpräsident Wulff aus Niedersachsen bereits auf der Bundesrats-sitzung vom 19.09.2008 vorgerechnet und betont hatte, das »...Kostensargument der Netzbetreiber ... ist ... zu vernachlässigen, ... durch Erdverkabelung kommt es nicht zu nennenswerten Mehrkosten beim Stromverbraucher«, behaupten Minister Junghanns und der Abgeordnete Schrey ungeniert und wider besseres Wissen das Gegenteil. Obwohl in Niedersachsen durch umfangreiche juristische Gutachten geklärt wurde, daß die Länder das Recht haben, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen, behauptet Minister Junghanns ungeniert und wider besseres Wissen, dies sei juristisch nicht möglich.

Diese bewußte Täuschung der Bevölkerung im Interesse des Stromkonzerns Vattenfall wird von der SPD-Fraktion voll und ganz mitgetragen. **Damit begeht die SPD-Fraktion WAHLBETRUG.** Noch vor wenigen Wochen zogen SPD – Minister und Abgeordnete anlässlich der Kommunalwahlen durch Barnim und Uckermark mit dem Versprechen, sich für eine Erdverkabelung der Uckermarkleitung einzusetzen. Wir zitieren stellvertretend **Günther Baaske, den Fraktionsvorsitzenden der SPD:** »Da uns bewußt ist, daß Freileitungen das Landschaftsbild zerstören und ein wichtiges Naturschutzgebiet durchschneiden, setzt sich die SPD-Landtagsfraktion für die Erdverkabelung ein...In der internen Abstimmung war und ist immer noch Ziel der SPD-Fraktion, daß es in Zukunft möglich sein soll, eine Höchstspannungsleitung auf einem technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitt als Erdkabel zu errichten und zu betreiben. Im laufenden Gesetzgebungsprozess wird sich die SPD weiter dafür ein-



setzen, daß Mensch, Tier und Natur bei zukünftigem Netzausbau geschützt werden.« (Schreiben vom 15.09.08 an die Bürgerinitiative).

Dieser **Wahlbetrug** zeichnete sich bereits ab, nachdem Ministerpräsident Platzeck zwar den Antrag in den Bundesrat einbrachte, die Uckermarkleitung als Bundesmodellprojekt zur Erdverkabelung vorzusehen, es dann aber dem erklärten Erdverkabelungsgegner, Minister Junghanns, überließ, zu diesem Antrag im Bundesrat zu schweigen. Während inzwischen die LINKE, Bündnis 90/die Grünen, die FDP und auch größer werdende Teile der Bundes-SPD unsere Forderung unterstützen, wird die SPD-Fraktion im Brandenburg zum größten Stolperstein für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Realisierung dieser Stromtrasse.

Wir danken in diesem Zusammenhang den beiden aufrechten Abgeordneten der SPD, die mit ihrer Stimme ihren öffentlichen Erklärungen haben Taten folgen lassen.

Wir fordern alle Abgeordneten des Brandenburger Landtags auf, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden und sich im Rahmen der Landtagsausschüsse gegen die Landtagsentscheidung ernsthaft mit dem vorgelegten Gesetzentwurf auseinander zu setzen. Daß dies möglich ist, darauf wies zum Schluß der Debatte Landtagspräsident Fritsch hin. SPD und CDU sollten ihre ideologischen Plänkeleien, die nur zu noch mehr Politikverdruß führen, beenden und sich den Argumenten für eine Erdverkabelung der Uckermarkleitung nicht länger verschließen.

Um einen solchen, produktiven Prozeß zu unterstützen, werden wir am 28.11.2008 an alle Abgeordneten unsere inzwischen fertiggestellte 36 Seiten umfassende Informationsbroschüre »Uckermarkleitung erdverkabeln. Argumente-Daten-Fakten.« versenden. Diese kann außerdem jeder Interessierte bei der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« (c/o Thomas Pfeiffer, Buchholzer Str. 22, 16230 Chorin OT Serwest) gegen einen Kostenbeitrag von 5 Euro für Druck und Versand bestellen.

HARTMUT LINDNER

Fraktion DIE LINKE in der StVv:

## Erdverkabelung gefordert

**Eberswalde (bbp).** Der schwedische Energiekonzern Vattenfall plant den Bau einer 380-kV-Freileitung von Bertikow (Uckermark) nach Neuenhagen bei Berlin (vgl. BBP 10/2008). Anfang des Jahres wurde das entsprechende Raumordnungsverfahren abgeschlossen. Nunmehr beginnt das Planfeststellungsverfahren für die sogenannte »Uckermarkleitung«, gegen die seit dem Sommer die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« mobil macht. Seitdem werden auch in Eberswalde mehr und mehr Menschen hellhörig, verläuft doch die Trasse der »Uckermarkleitung« in unmittelbarer Nähe der beiden großen Wohngebiete Finow-Ost und Brandenburgisches Viertel.

Auf ihrer Sitzung am 18. Dezember nehmen sich auch die Stadtverordneten des Themas an. Zunächst wird der Vorhabenträger Vattenfall Gelegenheit erhalten über ihre Pläne zu informieren. Wie es heißt sollen auch Vertreter der Bürgerinitiative Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

Außerdem wird es auf Vorschlag der AG Umwelt seitens der LINKEN eine Beschlussvorlage zur »Uckermarkleitung« geben. Darin wird Vattenfall aufgefordert, die 380-kV-Leitung auf dem Territorium der Stadt Eberswalde als Erdkabel zu verlegen. Die LINKE sah sich zu diesem Vorstoß veranlaßt, weil bisher alle Forderungen der Stadtverwaltung, welche diese im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens einzubringen gedachte, von der Realisierung des Projektes als Freileitung ausgingen. Der Baudezernent Dr. Günther Prüger hatte auf direkte Nachfrage eines Stadtverordneten der LINKEN im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt die Forderung nach Erdverkabelung sogar direkt ausgeschlossen, weil diese Variante bereits im Raumordnungsverfahren ausgeschlossen worden sei (BBP 3/2008).

Es sei vor allem den Aktivitäten der Bürgerinitiative zu verdanken, sagte der Stadtverordnete der LINKEN und Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn gegenüber der »Barnimer Bürgerpost«, daß inzwischen auch in der Stadtverwaltung ein Umdenken begonnen hat. »Mit unserer Beschlussvorlage«, so Zinn, »wollen wir diesen Umdenkungsprozeß unterstützen und dabei helfen, eine Lösung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger herbeizuführen.«

»DIE BRANDENBURGISCHEN  
SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN  
PETRA BIERWIRTH UND MARKUS  
MECKEL ENGAGIEREN SICH AUCH WEITERHIN FÜR DIE VERLEGUNG VON  
ERDKABELN AUF TEILEN DER SOGE-  
NANNTEN UCKERMARKLEITUNG.«

Gemeinsame Presseerklärung von Petra Bierwirth und Markus Meckel am 27.11.2008

## »Kanzleiversehen«

**Eberswalde (bbp).** Ende 2006 war der Eberswalder K.-H. Blättermann zwei Monate lang eingesperrt. Wegen Erkrankung hatte er einen Gerichtstermin nicht wahrgenommen (BBP 2/2008). Vorgeworfen wurde ihm Fahren ohne Führerschein und Beamtenbeleidigung. Beides weist Blättermann weit von sich. Inzwischen wurde ihm Haftentschädigung zugestanden.

Für Blättermann ging die Odyssee durch die Gefilde der Justiz indes weiter. Während seiner Haftzeit hatte ein städtischer Vollstreckungsbeamter aus seiner Wohnung verschiedene Wertsachen »sichergestellt«. Eine im März 2008 gegen den Eberswalder Bürgermeister eingereichte Anzeige wurde wenig später abgewiesen. Der Bürgermeister war zum Tatzeitpunkt noch nicht im Amt und als Dienstvorgesetzter nur indirekt verantwortlich. Auf die neu vorgebrachten Zusammenhänge ging die Staatsanwaltschaft nicht ein (BBP 5 u. 7/2008).

Zugleich schmorte eine ebenfalls im März beim Justizministerium in Potsdam vorgebrachte Strafanzeige gegen den Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg wegen »wiederholter vorsätzlicher Begünstigung und Verschleppung von Straftaten« ein Dreivierteljahr in den Schubladen. Erst nach einem Erinnerungsschreiben fiel das Versäumnis auf. Mit Datum vom 23. Oktober kam als Antwort: »Die Zuständigkeit für die Bearbeitung dieser Strafanzeige obliegt der Staatsanwaltschaft Potsdam. Die hier unter dem 25. März 2008 verfügte Übersendung Ihrer Strafanzeige an den Leitenden Oberstaatsanwalt in Potsdam war jedoch seinerzeit aufgrund eines Kanzleiversehens nicht vorgenommen worden«, was erst nach Eingang des Erinnerungsschreibens »bemerkt worden ist«. Nunmehr wurde die Strafanzeige aber an den Leitenden Oberstaatsanwalt in Potsdam weitergeleitet. Dieser sei »um Prüfung und weitere Veranlassung gebeten« worden.

Im Hauptverfahren gegen Blättermann wurde inzwischen das Urteil des Landgerichtes Frankfurt (Oder) vom Mai 2007 im Revisionsverfahren durch das Brandenburgische Oberlandesgericht aufgehoben und zur Neuverhandlung an das Landgericht zurückverwiesen. Nach Blättermanns Auffassung hätte das Revisionsgericht aber selbst entscheiden müssen. »Dann wäre eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte möglich geworden. Gerade das sollte verhindert werden.« Ein Termin zur Neuverhandlung wurde bisher nicht anberaumt. »Dafür erhielt ich in letzter Zeit weitere 15 Strafanzeigen wegen angeblicher Beleidigung und Nötigung von Polizeibeamten. Hier liegt der Verdacht nahe, daß eine vorsätzliche Verschleppung des Verfahrens erfolgt.« Für K.-H. Blättermann ist offensichtlich, daß es sich hier um eine »Politische Verdächtigung« gem. § 241a StGB handelt. Alle Maßnahmen gegen ihn würden darauf abzielen, ihn »zu schädigen und wirtschaftlich zu beeinträchtigen«. Daher wandte er sich nun an den Generalbundesanwalt der BRD und an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

## Markt und Moral

»Soziale Marktwirtschaft heute« – eine Veranstaltung mit Gesine Schwan

Am 28. November sprach die Kandidatin der SPD für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, vor mittelständischen Unternehmen über ihre wirtschaftspolitischen Gedanken. Sie versuchte herauszufinden, warum die Menschen in Deutschland immer weniger Sympathie für das alte, westdeutsche Erfolgsrezept der »Sozialen Marktwirtschaft« haben.

Zunächst blickte die ehemalige Präsidentin der Viadrina-Universität in Frankfurt/ O. zurück in die Geschichte: Unter Ludwig Erhard (CDU) und seinem Staatssekretär Müller-Armack wurden die entscheidenden Weichen in Richtung mehr Markt und weniger Staat gestellt. Doch zugleich wurden damals Sicherungs-Systeme installiert, um Menschen, die im Markt nicht bestehen können, Hilfe zu geben. Den westdeutschen Sozialdemokraten war das zu wenig. Erst mit Verabschiedung der Gesetze zur betrieblichen Mitbestimmung reihte sich die SPD in die Befürworter der »Sozialen Marktwirtschaft« ein.

Worin lag die Stärke dieser Wirtschaftsordnung und warum wird sie von der Bevölkerung heute eher negativ wahrgenommen?

Die Stärke der Marktwirtschaft hat eine politische und eine praktische Komponente: Freier Markt ist (weltweit) verbunden mit politischer Freiheit und allgemeinem Wohlstand. Planwirtschaften neigen zu Diktatur und Einschränkung von Meinungsfreiheit (Umkehrschlüsse sind erlaubt). Der praktische Vorteil der Marktwirtschaft ist die Vielfalt des Angebotes, die Flexibilität bei Nachfrage-Änderungen und die Effizienz durch das Spiel von Angebot und Nachfrage (immer im Vergleich zum Sozialismus). Schon Ludwig Erhard kannte die Gefahren, die diese Vorteile zunichte machen: z.B. Kartelle auf Seiten der Anbieter. Um Monopole zu verhindern, forderte er den starken Staat als Wettbewerbshüter! Wie auch der Nobelpreisträger Friedman kannte Erhard die Versuche der (Groß-)Unternehmer, in ihrem Bereich Monopole zu errichten. Friedman zeigte darüber hinaus, daß diese Monopole insbeson-

dere auf regulierten Märkte entstehen (siehe M. Friedman: Kapitalismus u. Freiheit).

Doch zurück zum Vortrag von G. Schwan: Sie skizzierte nun die aktuelle Situation mit Finanzkrise und Massenentlassungen bei Großunternehmen. Dabei führte sie aus, daß neuerdings oft Entscheidungen getroffen werden, ohne daß die Manager für ihre Fehler haften müssen. Gegenüber dem klassischen Bild des verantwortungsvollen, kreativen und kundenorientierten Unternehmers stellte sie die überproportionale finanzielle Ausrichtung vieler heutiger Manager an den Pranger. Sie warnt jedoch zugleich davor, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben. So dürfe man nicht pauschal die Arbeitgeber als »Ausbeuter« betrachten.

Zusammenfassend forderte sie verstärkte Kontrollen seitens des Staates, um das ökonomische Gleichgewicht und damit den gesellschaftlichen Konsens wieder herzustellen.

Soweit, so gut. Aber sollen wir diesen Ausführungen zustimmen? Ausgehend von der These, daß zuviel Regulierung die Kräfte des Marktes lähmt und die Bildung von Monopolen fördert, wohl eher nicht. Zu den Befürwortern werden in jedem Fall diejenigen zählen, die persönliche Vorteile erwarten: z. B. die Beamten! Auch viele Politiker (außer der FDP!) werden zustimmen, weil staatliche Kontrolle immer auch mehr Einfluß für Politiker bedeutet: Denn sie entscheiden über die Kontroll-Gesetze, über die Kontroll-Gremien und sind an der Besetzung der Posten beteiligt... Sie alle werden gute Gründe finden!

Also muß nicht jeder Arbeiter der Forderung nach mehr Kontrolle zustimmen? Müssen nicht die Kündigungs-Gesetze weiter verschärft werden, um Kündigungen zu verhindern? Leute, fällt nicht darauf rein! Neue Gesetze schaffen nur eins: Beamten-Arbeitsplätze und Politiker-Beschäftigung. Und Beides müsst Ihr auch noch bezahlen: Also weniger netto für uns Kleinverdiener! Das kann es doch nicht sein!

Ein kommentierter Bericht von  
STEPHAN FISCHER

## FDP-Jugend fordert Stasi-Beauftragten

Junge Liberale fordern Auseinandersetzung mit SED-Diktatur und DDR-Geschichte

Als erste Jugendorganisation in Brandenburg haben die Jungen Liberalen (JuLis) Brandenburg ein Landtagswahlprogramm für die Landtagswahl 2009 beschlossen. Eine zentrale Forderung des Programms ist die Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte als politische und gesellschaftliche Daueraufgabe. »Was die 68er-Generation für die die Entnazifizierung war, muß unsere Generation für die Aufarbeitung der DDR-Diktatur sein.«, so Linda Teuteberg, Spitzenkandidatin der JuLis zur Landtagswahl. Die Forderung der JuLis um-

faßt die stärkere Förderung der Zeitzeugen- und Gedenkstättenarbeit und die verstärkte Aufbereitung des Themas durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Landeszentrale für politische Bildung. Zudem soll Brandenburg endlich einen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen benennen. »Es ist eine Farce, daß gerade Brandenburg als einziges Bundesland auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dieses Amt nicht besetzt hat.«, so Teuteberg. »Hier liegt eindeutig ein Stolpe-Erbe vor.«

DANIEL WALTHER, Pressesprecher



So wird mit umweltbewußten Bürgern in Brandenburg verfahren:

## **Drohung, Vollstreckung, Hausfriedensbruch, Gewalt**

*Ein neues Kapitel in der Tragödie »Zwangsanschluß der Familie Groger an den Abwasserkanal in Briesensee«*

### **Die Demonstration**

Am 13. November war eine Demonstration von 60 Verbündeten der Grogers und überwiegend in gleicher Weise Betroffenen in Cottbus vor dem Verwaltungsgericht. Zu den Forderungen gehören – man konnte sie als Sprechchöre hören und auf Transparenten lesen – solche Selbstverständlichkeiten, wie: »Rechtsstaat heißt Rechtssicherheit für jeden Bürger! Wir sind das Volk!«, »Keine politischen Urteile! Sie sind das AUS des Rechtsstaates!«, »Keine Rechtsbeugung durch Gerichte! Rechtsbeugung zerstört die Demokratie!«, »Die Verwertung von Wasser ist unsere gesetzliche Pflicht!«, »Wer uns an der Ausübung dieser Pflicht hindert betreibt Machtmißbrauch!«, »Kein Mißbrauch des Anschluß- und Benutzungs-zwangs!«

Vor diesen Wahrheiten und Forderungen haben die Richter, hat dieser Staat Angst. Sie haben den Teilnehmern an der Demonstration, später »Öffentlichkeit« im Gerichtssaal, die Texte für den Sprechchor abgenommen. Diese »Waffe« war zu gefährlich!

### **Zehn Jahre Staatsterror gegen die Bürger von Briesensee**

Seit 1998 versucht das Amt Oberspreewald, die Bürger von Briesensee gewaltsam an den öffentlichen Abwasserkanal zu zwingen – mit Erfolg, abgesehen von dem Grundstück der Grogers. Hier gibt es seit mehr als 20 Jahren eine Anlage zur Aufbereitung und Reinigung von Schmutzwasser. Das Wasser wird vollständig auf dem Grundstück verwertet, teilweise im Kreislauf gefahren. Das gereinigte Wasser hat Badewasserqualität, hinsichtlich der Koloniezahlen sogar Trinkwasserqualität. Frau Groger ist Bürgermeisterin der Gemeinde Briesensee und maßgebliche Initiatorin von mehreren Beschlüssen, eine Kanalschließung dieses kleinen Dorfes nicht zuzulassen. Über diesen Beschluß hat sich das Amt hinweggesetzt. Briesensee wurde zwangskanalisiert. Am 10.09.2008 wurde auch das Grundstück der Grogers unter Einsatz von massiver Polizeigewalt zwangsweise an den Kanal angeschlossen und gleichzeitig der Zulauf zur Reinigungsanlage auf dem Grundstück zerstört.

### **Die Gerichtsverhandlung**

In der Gerichtsverhandlung ging es insbesondere um folgende Fragen: Ist die gewaltsam durchgeführte »Ersatzvornahme« – zwangsweise Anschluß des Wohnhauses an den Kanal – nun abgeschlossen oder nicht? Derzeitiger Stand: Die Zuleitung zum Wohnhaus haben Grogers wieder entfernt und die Verbindung mit der eigenen Anlage wieder hergestellt. Nach wie vor – Stand Dez. 2007 – besteht je-

doch die Möglichkeit, ggf. vorhandenes überschüssiges, nicht benötigtes Wasser in den Kanal einzuleiten. Aus diesem Grunde war der dauerhafte Anschluß des Wohnhauses nicht nur unnötig sondern angesichts des Einsatzes von massiver Gewalt auch unverhältnismäßig, nach Gesetzeslage sogar rechtswidrig. In Brandenburg gilt aber nicht das Gesetz sondern Richterrecht, die sog. Rechtsprechung.

Weiter ging es um die Frage, ob der Kontrollschacht überhaupt auf dem Privatgrundstück hätte errichtet werden dürfen, ob die Androhung und Festsetzung der Ersatzvornahme rechtens oder rechtswidrig waren – auch unter dem Aspekt der Unverletzlichkeit der Wohnung – und ob die Bescheide rechtswidrig waren oder ggf. hinfällig sind. Die Klägerin, Frau Groger, hält die Bescheide für rechtswidrig. Darüber hat das Gericht zu entscheiden.

Urteile aus anderen Bundesländern, z.B. Bayern, geben eine klare Antwort. In Bayern kommt lediglich ein Zwangsgeld in Frage. Nach dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Niedersachsen in Lüneburg kommt eine Vollstreckung nur dann in Frage, wenn von der Anlage eine reale Umweltgefährdung ausgeht, die von der Behörde nachzuweisen ist. Hier gilt die Unverletzlichkeit der Wohnung als hohes Gut. Nicht so im Land Brandenburg!

Nach Auffassung des OVG Brandenburg ist die Einschränkung der Unverletzlichkeit der Wohnung auf Vollstreckungsebene zulässig. Zur Vollstreckung reicht eine abstrakte Gefährdung aus. Auch Anlagen mit höherem Umweltstandard als etwa das zentrale Klärwerk genießen keinen Bestandsschutz – jedenfalls nicht in Brandenburg!

### **Hintergründe, Gesetzeslage, Zuständigkeiten**

Nach Auffassung der Beklagten, hier also des Amtes, kommt es nicht darauf an, ob eine reale Gefährdung vorhanden ist (die es ja nicht gibt und nicht nachweisbar ist!). Es genügt der formale Aspekt der Gefährdung, was immer man darunter verstehen mag. Das ist Grund genug, den Anschluß zu erzwingen. Wir kennen den wahren Grund. Es ist nicht irgendeine abstrakte Umweltgefährdung. Es geht allein um Geld, um Beiträge und Gebühren. Deshalb darf es keinen sog. Präzedenzfall geben. Die Behauptung, daß es auf Gebühren und Beiträge hier nicht ankomme – so der Anwalt des Amtes im Gerichtssaal – ist eine glatte Lüge! Im Klartext geht es dem Amt um die Durchsetzung eines Prinzips, ausschließlich aus fiskalischen Gründen!

Nach Auffassung von Dr. Schacht, Anwalt von Frau Groger, ist die einseitige Konzentration auf den Anschlußzwang die »völlig falsche

Spur«. Entscheidend wäre das Problem der Benutzung, das jedoch gelöst ist. Die Klägerin ist bereit, dem Amt überschüssiges, nicht benötigtes Wasser anzudienen und dazu die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen. Natürlich ist vorrangig zu klären, ob durch die Klägerin Wasserrecht berührt wird, Wasserrecht also überhaupt anwendbar ist.

Dr. Schacht: Im Falle der Verwertung gilt Abfallrecht, zumal ja gar kein Gewässer benutzt wird. Wenn Wasserrecht nicht anwendbar ist – die Anlage arbeitet ohne Gewässerbenutzung außerhalb des Wasserrechts – hat das Amt keine Zuständigkeit!

Um seine Zuständigkeit zu begründen versteigt sich das Amt zu der Behauptung, die Verdunstung von Wasser aus Bäumen, Sträuchern, Teichpflanzen ... sei eine illegale Abwasserbeseitigung. Das halte nicht nur ich – zurückhaltend ausgedrückt – für Schwachsinn.

### **Gericht in der Bredouille**

Schließlich ging es um die Frage, ob von der Anlage der Klägerin eine potentielle Gefährdung der Volksgesundheit ausgeht. Jedenfalls wird von der Gegenseite dieser Vorwurf erhoben. Die Klägerin verwies darauf, daß diese Gefährdungen im Falle der Frau Angela Zimmer (Umweltpreis für eine ähnliche Anlage im Landkreis Potsdam Mittelmark) oder im Falle des Herrn Minister Baaske offenbar nicht gesehen werden. Die Klägerin übergab dem Gericht eine Reihe von Unterlagen zur Funktion ihrer Wasseraufbereitungs-Anlage mit Dokumenten, Gutachten, Analysen und Pressemitteilungen, Beschlüsse ..., die den Vorwurf der Umweltgefährdung ad absurdum führen. Wir dürfen nun gespannt sein, wie das Gericht entscheidet. Das Gericht besteht hier lediglich aus einem Einzelrichter, weil die Angelegenheit angeblich keine besonderen Schwierigkeiten aufweist.

JOHANNES MADEJA

### **Verkauf der Badeanstalt**

**Eberswalde (bbp).** Seit Anfang der 90er Jahre ist die Eberswalder Badeanstalt wegen baulicher Mängel für den Badebetrieb gesperrt. Eine Sanierung wurde damals wegen zu hoher Kosten von der Stadtverwaltung abgelehnt. Gelände und Einrichtungen wurden verpachtet und seither als »Angelbad« genutzt. Jetzt will die Stadtverwaltung das Areal verkaufen. Die zuständigen Ausschüsse beraten im Dezember über den Vorschlag des Eberswalder Liegenschaftsamtes, den Verkauf des Grundstückes Am Kanal 36 – Badeanstalt, öffentlich auszuschreiben. Der Beschluß dazu wird voraussichtlich in der Stadtverordnetenversammlung am 18. Dezember fallen.

Karl Marx im 21. Jahrhundert (3)

# Freie Zeit für öffentliche Angelegenheiten

von Dr. Rainer Thiel

**Am 5. Mai 1818, vor hundertneunzig Jahren, wurde Karl Marx in Trier an der Mosel geboren. Hundert Jahre später hatten Millionen Menschen in vielen Ländern begonnen, hinter Marx-Porträts zu marschieren, die auf Pappe geklebt waren und den Massen vorangetragen wurden. Hoffnungen der Massen auf Ende der Ausbeutung erfüllten sich zeitweilig. Aber nur zeitweilig.**

Warum zeitweilig? Mitunter waren viele Menschen auch irritiert. Kann das damit zusammenhängen, daß man Marx gar nicht ernsthaft gelesen hatte? Und war der eine Mensch Marx so viel gebildeter als Hunderttausende? Warum nicht? Auch Plato und Aristoteles, Jesus Christus, Kopernikus und Galilei, Johann Wolfgang Goethe und Friedrich Schiller, Carl Friedrich Gauß und Albert Einstein sahen mehr als ihre Zeitgenossen.

Im allgemeinen sagt man, Marx habe gelehrt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu überwinden. Das stimmt. Doch es ist nur die Hälfte der Wahrheit. Marx hatte auch Probleme durchdacht, die im zwanzigsten Jahrhundert ganz erheblich wurden: die Probleme der Entfremdung. Wir hatten in den vorangegangnen Folgen begonnen zu erläutern, was Marx unter Entfremdung verstanden hat und wieso Entfremdung mit Ausbeutung beginnt, aber weit darüber hinaus geht. Und weil das nur wenige verstanden hatten, blieb sozialistische Entwicklung in hoffnungsvollen Ansätzen stecken:

Es gab massenhaft Funktionäre, die den Bürgern sagten, was sie tun müßten. Dafür gab es auch Gründe. Es gab sogar schon Lösungen gesellschaftlicher Probleme: Ein Bildungssystem, dessen Idee heute auf dem Umweg über Finnland kommend in der Bundesrepublik Aufsehen erregt. Es gab ein Gesundheitswesen, das für die Bürger der Bundesrepublik ein Glück wäre. Die Frauen-Emanzipation war weit fortgeschritten. Daran hatten auch Funktionäre in der Deutschen Demokratischen Republik ihren Anteil. Aber sie hatten zumeist nur kurze Lehrgänge absolviert und nur selten verstanden, daß es nicht genügt, den Bürgern in allgemeinen Worten – sogenannten Schlagworten – zu sagen, was Sache ist. Wenn man schon glaubt, mehr verstanden zu haben als andere Bürger, sollte man auch überzeugend wirken. Andernfalls fühlen sich Bürger gegängelt, nicht für voll genommen. Da genügt es auch nicht zu verkünden »Arbeite mit, plane mit, regiere mit!« Das ist fürwahr das Einfache, doch es kostet Mühe und Geduld, Bildung und Kreativität.

Für Marx war das aber entscheidend. Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest geschrieben: Was wir wollen, ist ».....eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« (MEW 4. 482) In den vorangegangnen Folgen hatten wir gesehen, daß durch die Entwicklung der Produktivkräfte die Basis entstanden ist, eine notwendige, leider nicht hin-

reichende Grundlage. So ist die Lage in der Bundesrepublik. Der springende Punkt ist:

**Freie Zeit für öffentliche Angelegenheiten.** Anders kann der Bürger nicht über seinen Teller- rand hinausblicken, anders ist Demokratie nicht möglich. Parlamente – ja. Aber Parlamentswahlen sind noch lange keine Demokratie. Sie dienen nur dazu, die Parteienmacht aller vier Jahre neu aufzuteilen und zwischendurch das Volk von Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten auszuschließen, so sehr auszuschließen, daß ihnen alle Lust vergeht. Die Arbeitslosen sind entmutigt. Die Jobbenden Bürger haben zu wenig Zeit, um sich zu kümmern. **Zeit erkämpfen für öffentliche Angelegenheiten heißt Entfremdung aufheben.** Jenseits der Zeit und der Not des Broterwerbs, wie Marx sich ausdrückt, jenseits des »Reichs der Notwendigkeit... beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit... Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung!.« (MEW 25. 828). Also kommt es darauf an, »die Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft auf ein fallendes Minimum zu reduzieren und so die Zeit aller frei für ihre eigne Entwicklung zu machen... Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit... sondern die disposable time das Maß des Reichtums.« (MEW 42.604). **Und umgekehrt:** »Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer (der Gesellschaft – R.Th.) Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.« (MEW 42.105)

Das kann auch in die Worte gefaßt werden: Wirtschaft ist ein Mittel zum Zweck. Das eigentliche Ziel aller Entwicklung ist die allseitige Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, die Entfaltung aller Potenzen, mit denen die Menschen von Geburt an ausgestattet sind.

Das können auch Christen unterschreiben: Der liebe Gott hat die Menschen mit Potenzen ausgestattet, sie zu entfalten ist Menschenwerk.

Gerade jetzt in diesem Jahrzehnt gibt es die Möglichkeit zu einem mittelfristig strategischen Konzept. In unsrer Gegenwart herrscht die Formel: Katastrophe 1 plus Katastrophe 2. Die Formel heißt **Arbeitslosigkeit mal psychischer Verfall + Überstunden mal Arbeitshetze.** Man muß das so konzentriert sagen, um sofort die Lösung zu finden: Allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit, zugleich Arbeit für alle, Arbeit fair teilen.

Mit einem Konzept »Arbeitszeit allgemein senken« wird aber nicht nur die doppelte Katastrophe abgewendet. Es verliert auch niemand etwas, nicht einmal Geld, denn die Milliarden von Nürnberg und die Gewinne der Manager können umverteilt, die Krankenkassen können entlastet werden, die Menschen gewinnen an Gesundheit. Die Jobbenden gewinnen Zeit, die Arbeitslosen gewinnen Bewegung und wieder Selbstvertrauen. Die Jugend gewinnt Zukunft. Kinder der bis jetzt Arbeitslosen, denen Kita und warmes Mittagessen vorenthalten wird, werden aus der Isolierung befreit.

Die Welt sieht schon ganz anders aus, wenn das errungen und auch festgehalten wird von den Ausbeuteten und Entfremdeten: Sie werden Selbstbewußtsein erworben haben und können weiter denken. Sie werden gelernt haben, /// fett///Entwicklung///end fett/// zu denken. Wir brauchen nicht zu warten, daß uns in Europa die Völker Südamerikas den Sozialismus liefern.

Fortsetzung folgt

Die Artikelserie »Karl Marx im 21. Jahrhundert« erschien zuerst in der Online-zeitung »Artikel Eins« ([www.artikel-eins.com](http://www.artikel-eins.com)) ab Ausgabe 6/2008 vom 15.3.2008.

## Barnimer Kulturpreis wird zum 10. Mal ausgeschrieben

Die Kreistagsfraktion und der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen schreiben nunmehr zum 10. Mal den Barnimer Kulturpreis aus. Der Kulturpreis 2008 ist erneut mit 750 Euro dotiert. Finanziert wird er aus Spenden von bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten.

Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, kulturelle Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die einzureichenden Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung der Ziele und Ergebnisse sowie des Zeitraums der Aktivitäten enthalten.

Die Unterlagen sind bis zum 17. Dezember in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen, Brautstraße 34, 16225 Eberswalde einzureichen. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Vorschläge.

Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, bestehend aus bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten und Vertretern aus dem Kulturbereich.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Sprecher des Kreisverbandes Barnim von Bündnis 90/Die Grünen

## Biodiesel ohne Palmöl

In der BRD verboten – neue Biodieselanlage darf nur für andere Länder produzieren

**Eberswalde/Lösning (bbp).** Nach Plänen der Geschäftsführung der stadt-eigenen Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) sollte auf dem Gelände des Eberswalder Hafens eine Biodiesel-Anlage entstehen. Als Rohstoff war aus Übersee importiertes Palmöl vorgesehen. Obwohl die notwendigen Beschlüsse der Eberswalder Stadtverordneten gefaßt sind und wohl auch schon eine Baugenehmigung vorliegt, ist es in letzter Zeit etwas ruhig geworden. Inzwischen wurde bekannt, daß sich der Investor zurückgezogen hat. Zusammenhänge mit der aktuellen Finanzkrise und dem teilweise drastischen Einbruch der Rohstoff- und Erzeugerpreise im Energiesektor können bei dem alles andere als umweltfreundlichen Vorhaben vermutet werden. Zumal eine veraltete Technologie Anwendung finden sollte.

In Lösning auf der dänischen Halbinsel Jütland nahm jetzt eine weitere Biodieselanlage der zweiten Generation den Betrieb auf. Der hier produzierte Biokraftstoff ist sowohl herkömmlichem Diesel als auch manch anderem Biodiesel weit überlegen. Allerdings darf er in der BRD wegen des hier gültigen Biokraftstoffquotengesetzes nicht getankt werden.

Die dänische Anlage hat eine jährliche Kapazität von mehr als 56 Millionen Liter Biodiesel. Ausgangsbasis sind tierische Fette, die als Reste der landwirtschaftlichen Vieh- und Fleischproduktion anfallen. Durch die Nutzung der Tierfette besteht keine Konkurrenz

zur Nahrungsmittelproduktion. Zudem weist der Biokraftstoff aus Lösning eine hervorragende CO<sub>2</sub>-Bilanz auf. Gegenüber herkömmlichem Diesel werden fast 80 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart. Damit ist das CO<sub>2</sub>-Minderungspotential beinahe doppelt so hoch wie bei Biodiesel aus Raps. Von Palmöl, das um die halbe Welt verschifft wird und für dessen Produktion wertvoller Regenwald der Motor-säge zum Opfer fällt, ganz abgesehen.

Trotz dieser überzeugenden Vorteile ist der sogenannte FME-Biodiesel, der aus tierischen Reststoffen hergestellt wird, in der BRD weder als Reinkraftstoff noch als Beimischung erlaubt. Und dies, obwohl sie die europäische Biodieselnorm erfüllen. Ab 2012 sind tierische Fette in der BRD zudem nicht mehr als Grundstoff für die Biodieselproduktion zugelassen, womit dem Bau solcher Anlagen hierzulande ein Riegel vorgeschoben ist.

Dabei sind es gerade auch bundesdeutsche Unternehmen, die bei der Entwicklung dieser Technologie mitmischen. So wurde beispielsweise die dänische Anlage gemeinsam vom dänischen Marktführer in der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte, der Daka Biodiesel a.m.b.a., und der SARIA-Gruppe errichtet. Letztere gehört zu dem auch in Eberswalde und im Barnim nicht unbekannteren RETHMANN-Konzern und ist mit mehr als 40 Produktionsanlagen zur Verarbeitung tierischer Nebenprodukte in acht europäischen Ländern vertreten.

## AG Umwelt fordert Erdkabel und Nullvariante

**Eberswalde (bbp).** Am 1. Dezember trafen sich die Mitglieder der AG Umwelt (AGU) bei den LINKEN im Kreis Barnim im neu eröffneten »Ronny's Eck« in der Brandenburger Allee. Nur 170 Meter Luftlinie sind es bis zur 220-kV-Trasse, die hier zwischen dem Brandenburgischen Viertel und Finow-Ost das Territorium der Stadt Eberswalde quert. Der Abstand zu den Wohnungen in der Schwärzeseestraße liegt bei 50 bis 60 Metern. Die in den 50er Jahren gebaute 220-kV-Freileitung soll jetzt durch eine größere, stärkere, leistungsfähigere Leitung mit einer Nennspannung von 380 Kilovolt ersetzt werden. Die sogenannte »Uckermarkleitung« und die möglichen Auswirkungen auf die hier lebenden Menschen war für die AGU an diesem Abend das Hauptthema. Als Vertreter der betroffenen Einwohner hatte die AGU den Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn eingeladen. Mit ihm gemeinsam hatte die AGU einen Vorschlag erarbeitet, den die Fraktion der LINKEN im Dezember in die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung einbringen soll. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung, die »Uckermarkleitung« als Erdkabel zu verlegen. Carsten Zinn, zugleich Stadtverordneter der LINKEN, informierte die AGU-Mitglieder dar-

über, daß in der StVV-Sitzung am 18. Dezember neben Vattenfall als Vorhabenträger auch Vertreter der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« angehört werden. Außerdem gibt es Ende Dezember/Anfang Januar eine thematische Einwohnerversammlung für die Ortsteile Brandenburgisches Viertel und Finow.

Ein weiteres Thema der AGU-Beratung war die Wiederaufnahme des Raumordnungsverfahrens (ROV) zur sogenannten Ortsumgebung B167neu, 2. Bauabschnitt. In den Gremien der Stadt wird derzeit die erneute Stellungnahme der Stadt im ROV diskutiert. Darüber informierten Jörg Schneiderreit und Hans-Jürgen Müller, die im städtischen Ausschuß Bau, Planung und Umwelt mitarbeiten. Die AGU-Mitglieder sind sich einig, daß die neue Stellungnahme nicht hinter den bereits in der ersten Stellungnahme formulierten Forderungen zurückbleiben dürfe. Dazu gehöre insbesondere die Forderung nach Prüfung der »Nullvarianten«, die auch im neuen ROV fehlt.

In der weiteren Beratung ging es um Eberswalde als »Gentechnikfreie Kommune«, dazu wird eine Anfrage an die Stadtverwaltung erarbeitet, die Jörg Schneiderreit als Stadtverordneter einbringen wird, und um die Arbeit der AGU im nächsten Jahr.

## Keine neuen Tagebaue

Warum habe ich unterschrieben?

Keine neuen Tagebaue in der Lausitz? Kann mir als Barnimer doch egal sein! Könnte man denken. Ist es aber nicht. Darum habe ich gegen neue Braunkohletagebaue unterschrieben. Bis zum 9. Februar 2009 müssen für das Volksbegehren »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik« 80.000 Unterschriften gesammelt werden.



Warum ist mir das wichtig? Ich will eine sichere Energieversorgung für Brandenburg – ohne Kohle und ohne Atom. Dafür sind die politischen Weichen zu stellen. Schon heute – für die Zukunft! Das Volksbegehren fordert einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung. Damit werden keine Arbeitsplätze gefährdet, denn es ist noch genug Kohle für die nächsten 20 bis 30 Jahre da (1,3 Mrd t). Die erneuerbaren Energien bieten schon heute 4.000 Menschen in Brandenburg Arbeit. Die Braunkohle nur 3.840! Braunkohletagebaue sind nicht nur energie- und arbeitsmarktpolitisch zu bewerten. Sie wirken auch negativ auf den Landeswasserhaushalt ein, sie zerstören wertvolle Natur und – vielleicht am wichtigsten – sie vertreiben Menschen aus ihrer Heimat. Würden die aktuell debattierten Tagebaue genehmigt müßten weitere 2.000 Lausitzerinnen und Lausitzer zwangsumgesiedelt werden. Das will ich nicht!

Ich habe unterschrieben, weil ich solidarisch mit der Lausitz bin, weil ich solidarisch bin mit denen, die unter dem Klimawandel in den armen Regionen der Welt zu leiden haben, weil ich eine Zukunft für Brandenburg möchte – ohne Kohle. Aber mit erneuerbaren Energien.

Das Volksbegehren kann auf in den Meldeämtern während der Öffnungszeiten unterschrieben werden. Personalausweis nicht vergessen. Mehr Infos unter: [www.keine-neuen-tagebaue.de](http://www.keine-neuen-tagebaue.de)

CHRISTIAN REHMER

DRAUFSICHTEN, ANSICHTEN, EINSICHTEN  
Weiterer Kohleabbau in Brandenburg nötig?  
Mit: Björn Schering, BTF DIE LINKE  
Termin: 26. Januar 2009, 19.00 Uhr, Treff 23  
DIE LINKE BERNAU



Ukraine – Berlin 1918:

## Fiasko eines deutschen Abenteuers (3)

**Nach Zusammenbruch und Revolution in Rußland Sieg im Westen, Expansion im Osten? Die deutsche Führung hatte sich verrechnet. Ende 1918 strömten die deutschen Truppen in die Heimat zurück und brachten den Geist der Revolution mit.**

### 3. Berlin

Der Armierungssoldat, Rechtsanwalt, Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht verfolgte im Zuchthaus Luckau gebannt das Geschehen im Osten – die Geschicke der Revolution, das Schicksal der Angehörigen. Seine Frau Sophie stammte aus Rostow am Don und bangte um Mutter und Geschwister (*»Alles bewegt mich wie Dich, jede Zeitungsnachricht, die auf ihre Lage Bezug haben kann«* – Brief vom 10. 3. 1918). Er begriff weit früher und genauer als die Groener und Skoropadski den zwangsläufigen Ausgang des Ukraine-Abenteuers. *»Guerillakrieg – erfordert größere Truppenmassen als der übliche Frontkrieg. – Demoralisierend, nicht ungestraft wird ein modernes Massenheer im Bürgerkrieg, im Klassenkrieg als Gendarm... gegen Revolution benutzt... Dieser Krieg wird zu einem immer schmutzigeren Geschäft. – Zersetzung der Disziplin („Moral“) in den Truppenteilen, die an Ostfront von Russen infiziert – bei Verschiebung nach der Westfront dahin getragen...«* Schließlich: *»Und nichts ist sicherer Episode, als was den Stempel plumper Opposition gegen die Naturgesetze trägt...«*<sup>1</sup>

In Berlin hatten schon im Januar Hunderttausende für sofortigen Frieden gestreikt. Trotz Belagerungszustand, Massenverhaftungen, Einberufungen blieb die Millionenstadt unruhig. Die Opposition gegen den Krieg wurde immer erbitterter. In Kassibern an die Berliner Freunde drängte Liebknecht von Luckau aus: *»Aktion - Aktion! Ist gar nichts möglich? Es muß aber!«* (April) – *»...Hämmern. Bis der Nagel fest sitzt. Axtschlagen – bis der Baum fällt. Pochen – bis Schlafende aufwachen. Peitschen – bis Träge und Feige aufstehn u. handeln«* (September)<sup>1</sup>

Im Mai wurde auch mein Vater wieder einberufen – Sohn einer Berliner Arbeiterfamilie in Kreuzberg, Kunststudent. Im November schloß er sich dem Roten Soldatenbund (RSB) an, der Militärorganisation des Spartakusbundes. Seine Familie war unpolitisch, doch dieser Schritt war kein Zufall. Der *»arge Weg der Erkenntnis«* (Feuchtwanger) hatte mit den Schulerlebnissen begonnen. Beim Eintritt ins Realgymnasium verzog der Schuldirektor das Gesicht und fragte wohlmeinend, ob man die Angabe des väterlichen Berufs (Transportarbeiter, Packer) nicht *»anders ausdrücken«* könne, damit der Schüler keine Nachteile habe. Nachdrücklich belehrt wurde der ahnungslose Kriegsfreiwillige 1915 während der Ausbildung beim preußisch-deutschen Militär. Für weitere Erkenntnisse sorgte das Studium an der Königlichen Kunstschule in Schöneberg (heute Universität der Künste, UDK). Die dortigen Lehrkräfte waren zumeist Opponenten des kaiserlichen Regimes. Direktor war der Maler Philipp

Franck, Altersgenosse und Weggefährte von Liebermann und Leistikow, Mitgründer der Berliner Sezession. Zu den weiteren Lehrern gehörten die Professoren Tappert, ein namhafter Expressionist, und Hasler, in den zwanziger Jahren führender Reformator des preußischen Kunstunterrichts. Beide waren Ende 1918 Mitbegründer der Berliner Künstlervereinigung *»Novembergruppe«*. Die Bekanntschaft mit dem sozialkritischen Maler Hans Baluschek, der später gelegentlich Richters schwerkranke Frau materiell unterstützte, tat ein übriges. Diese Künstler zählten später zu den demokratischen Kräften in der Weimarer Republik.



Karl Liebknecht auf einer Kundgebung Ende 1918.

Ende 1918 betätigte sich der junge Soldat als Agitator und Flugblattverteiler an den Truppenstandorten um Berlin, nicht ohne Gefahr, von reaktionären Offizieren festgesetzt zu werden. Er nahm an Aktionen zur Waffenbeschaffung und zur Aushebung von Konterrevolutionären teil und wurde zur bewaffneten Begleitung Liebknechts eingeteilt. Dessen mutiger Auftritt am 1. Mai 1916, bei dem er nach dem berühmten Ausruf *»Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!«* verhaftet und verurteilt wurde, hatte am Potsdamer Platz; fast vor Richters Haustür, stattgefunden (die Familie wohnte damals in der Köthener Straße, einer der Demonstrationzüge führte dort vorbei). Seitdem genoß Liebknecht die Hochachtung großer Teile der Berliner Arbeiterbevölkerung. Eine Grippewelle setzte Richter im Dezember außer Gefecht. Im Januar 1919, noch Rekonvaleszent, war er bei Ausbruch der Kämpfe im Zeitungsviertel, so lange das *»Vorwärts«*-Gebäude nicht von Noske-Truppen abgeriegelt war, Melder für den Kampfstab. Aufgewachsen in der Zimmerstraße, Schule in der Kochstraße – er kannte die Schleichwege im Zeitungsviertel. Die Januarkämpfe dauerten nur wenige Tage und endeten mit blutigem Terror, dem

auch Liebknecht und Luxemburg zum Opfer fielen. Im Februar wurde mein Vater, wie tausende Soldaten der zerfallenden Armeen in Berlin und Umgebung, offiziell demobilisiert. Der Landsturmmann wurde wieder zum Kunststudenten.

Wie immer die Familie Banner aus Odessa nach Berlin gelangte, über Warschau und Posen oder über Budapest, Wien und Prag, überall war die Revolution ihr Reisebegleiter. Und Banners waren nur ein Molekül im Strom der Flüchtlinge und Emigranten aus dem Osten. *»In Berlin zählt man 1919 schon 70.000 bei 3,8 Millionen Einwohnern, Monat für Monat kommen etwa 1.000 dazu«* – Kaufleute und Unternehmer, Wissenschaftler und Künstler, Juristen und Offiziere aus Rußland.<sup>2</sup>

Das Berliner *»russische Milieu«*, soweit künstlerisch geprägt, zog auch den Kunststudenten Richter an. Irgendwann Ende 1918 oder Anfang 1919 lernte er die junge Nanni Banner kennen. Als er 1920 die Zeichenlehrerprüfung abgelegt und in Nowawes (heute Potsdam) eine Anstellung gefunden hatte, heirateten die beiden. Über die Persönlichkeit der jungen Frau gibt ihre spärliche Hinterlassenschaft Auskunft. Sie muß kunstinteressiert gewesen sein, brachte die Kenntnis russischer Malerei mit nach Berlin und war mit den Studienfreunden meines Vaters bekannt. Von ihnen stammen ihr Exlibris, kleine Farbskizzen und Linoldrucke, die ihre Bücher schmückten. Nuschka bewunderte offenbar Lew Tolstoi. Aus Rußland hat sie Fotokarten Tolstois und Tschechows mitgebracht. Mehr als der berühmte Romanautor beeindruckte sie wohl der radikale Gesellschaftskritiker, der kompromißlose Pazifist. Als Tolstoi 1910 aus Jasnaja Poljana, aus der Familie, aus der ganzen von ihm verachteten Gesellschaft floh – und starb, war ganz Rußland in Aufregung. Damals war Nuschka zwölf. Das junge Paar besaß Übersetzungen wichtiger russischer Schriftsteller – Gogol, Dostojewski, Andrejew, Tolstoi, Gorki – darunter geschmackvoll mit russischen Volkskunstmotiven ausgestattete Reclambändchen. Tolstoi war nicht mit den großen Romanen, sondern mit seinen reformatorischen Schriften vertreten (*»Die Kreuzersonate«, »Und das Licht scheidet in der Finsternis«, »Was sollen wir also tun«*). In Nuschkas Neuem Testament, einem kleinen, mit eigenem Schmuck versehenen Büchlein, sind einige Verse angemerkt, darunter die Stelle, die die Lauen, Gleichgültigen verwirft: *»Ach, daß du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde«* (Offenbarung Johannis 3.15). Zu den Lauen hat sie nicht gehört. Mein Vater hatte eine gleichgesinnte

Gefährtin gefunden. Mehr als das. Diese »junge Frau von 1918« (frei nach Arnold Zweig), schwer lungenkrank und bereits vor der Hochzeit Patientin in den Beelitzer Heilstätten, hat ihm die russische Kultur nahegebracht, die Sprache, die Lebensgewohnheiten. Sie hat sein Denken und Handeln nachhaltig beeinflusst.

## 4. Bilanz

»Wenn wir den Krieg gewonnen hätten,« schrieb Erich Kästner nach jenem ersten, »dann läge die Vernunft in Ketten und stünde stündlich vor Gericht. Und Kriege gäb's wie Operetten. Wenn wir den Krieg gewonnen hätten – zum Glück gewannen wir ihn nicht!« Was jenes spezielle Abenteuer betrifft, die Besetzung der Ukraine, läßt Arnold Zweig den Chef von Ober-Ost Bilanz ziehen: »9231 Waggons Getreide, laut Verteilungsschlüssel 10/17 davon an die verehrten Bundesbrüder, der Rest an uns. In Zahlen: 3750 Waggons. Jeden zu 200 Zentner angesetzt: 75 Millionen Pfund. Und da wir ein 70-Millionen-Volk sind, etwas mehr als ein Pfund auf den Kopf unserer löblichen Bevölkerung.« Resümee: »Keine Rede davon, Eroberungen zu behalten, Reiche und Throne, Finnland, Kurland, Litauen, Polen, Ukraine. Man hatte einen großartigen Schlag ins Wasser geführt, mächtig gespritzt hatte es, ein herrliches Vergnügen. Aber jetzt mußte man zugeben, man war patschnaß und sollte sich umziehen.«<sup>3</sup> Die Herren zogen sich also um. Die meisten Leute kamen so billig nicht davon.

Was wurde aus denen, die in diesem Bericht vorkommen? General Groener, Ludendorffs Nachfolger in der OHL, schloß am Tag nach Abdankung des Kaisers jenes Abkommen mit dem »Volksbeauftragten« Friedrich Ebert und versuchte, die zurückkehrenden Fronttruppen gegen die Revolution einzusetzen. Das mißlang, die Leute gingen zu Muttern nach Hause. Ludendorff putschte 1920 mit Kapp, 1923 in München mit Hitler gegen die Republik. Später saß er für die NSDAP im Reichstag. Paul von Hindenburg wurde Reichspräsident und brachte Hitler an die Macht. Oberleutnant Meißner wurde Staatssekretär im Reichspräsidentenamts. Das blieb er unter Ebert, Hindenburg und Hitler. Die deutsche Geschichte hat schon etwas Eigenes. Der »Hetman« Skoropadskij tauchte nach seinem Sturz in Kiew unter. Er wurde, um und um bandagiert, in einem deutschen Lazarettzug durch die Kontrollen der Ukrainer geschmuggelt und ließ sich in einer 16-Zimmer-Villa in Berlin-Wannsee nieder. Bis zu seinem Tod 1945 bezog er vom Reichspräsidenten (Ebert, Hindenburg, Hitler!) einen Ehrensold – ausbezahlt von seinem Bekannten, dem Staatssekretär Meißner. Mit diesem Geld finanzierte er seine sowjetfeindliche Exilbewegung. Auf der Flucht aus Berlin starb er in Bayern an den Folgen eines amerikanischen Luftangriffs. Skoropadskijs Rivale Simon Petljura kämpfte auf polnischer Seite gegen Sowjetrußland und bildete eine Exilregierung in Polen. Den Judenpogromen seiner Truppen fielen 1919 zehntausende Men-

schen zum Opfer. 1926 wurde er in Paris von einem ukrainischen Juden erschossen. Das französische Gericht sprach den Täter frei, weil er »in Vergeltung für den Tod von 15 Familienmitgliedern, darunter seiner Eltern« handelte. Teile von Petljuras Nationalistenbewegung kollaborierten 1941 mit den Hitlerfaschisten. Der neue ukrainische Präsident Juschtschenko ließ sich 2005 an seinem Grab fotografieren.<sup>4</sup>

Mein Berliner Großvater verlor sämtliche Ersparnisse, dann seine Arbeit und wurde Kleinstrentner mit Sozialhilfe. Nuschka Richter starb 1922, mit 24 Jahren, an Lungentuberkulose – nichts Besonderes damals. Die Unkosten des großen Krieges waren halt ungleich verteilt. Mein Vater war 1945 für einige Monate Oberbürgermeister meiner Heimatstadt in der Altmark. Seine frühe Bekanntschaft mit der russischen Kultur hat ihm den Kontakt zu den Offizieren der sowjetischen Kommandantur sehr erleichtert und rasch eine Vertrauensbasis für seine Arbeit geschaffen.

Die Expansionsstrategie der deutschen Wirtschaftsmächte und ihrer Exekutoren in Regierung und Militär ist heute wieder aktuell. Ihre Mittel – Unterstützung nationalistischer und separatistischer Bewegungen, Installation abhängiger Satellitenstaaten – wurden nach 1990 erneut erprobt. Liebknecht notierte dazu bereits Mitte 1918 im Zuchthaus: »...je weniger sie ohne deutschen Rückhalt bestehen... können... , um so mehr ist die deutsche Regierung die De-facto-Regierung dieser Randstaaten... Das deutsche Vorgehen in der Ukraine war von Anfang an eine erstklassige Schurkerei... Einschleichen unter der Maske der Freundschaft, um alsbald den tückisch überrumpelten Freund an der Gurgel zu packen, zu knebeln und auszuplündern...« Damals war man allerdings allzu plump: »Militärische Vergewaltigung ist kein Fundament, auf dem Dauerndes errichtet werden kann.«<sup>1</sup> Typisch für die deutsche Expansionspolitik war das Mißverhältnis zwischen Zielen und Möglichkeiten, Unterschätzung des Gegners, Überschätzung der eigenen Kräfte. Dieser abenteuerliche Zug machte sie zwar erfolglos, aber auch gefährlich.

Zur Bilanz gehört: die Militärs, ihre Auftraggeber und Finanziers haben uns gründlich mit den Russen verfeindet. Vielleicht zu ihrem, jedenfalls nicht zu unserem Nutzen. Nuschka und Reinhold Richter und viele andere haben dazu beigetragen, unser großes europäisches Nachbarvolk zu verstehen – eine Grundvoraussetzung dafür, um auf diesem Kontinent Frieden zu haben.

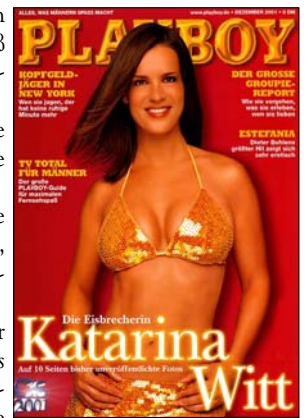
ROLF RICHTER, Bündnis für den Frieden

### Anmerkungen

- (1) LIEBKNECHT, Karl, Gesammelte Reden und Schriften. Bd. IX, Mai 1916 bis 15. Januar 1919. Berlin 1974, S. 430-564.
- (2) MIERAU; Fritz (Hrsg.), Russen in Berlin. Literatur-Malerei-Theater-Film 1918-1933. Leipzig 1987.
- (3) ZWEIF, Arnold, Einsetzung eines Königs. Berlin u. Weimar 1974.
- (4) [http://de.wikipedia.org/wiki/Symon\\_Wassyljowytsch\\_Petljura.htm](http://de.wikipedia.org/wiki/Symon_Wassyljowytsch_Petljura.htm)

## Der Eisfee schwächste Kür

Es ist schon Jahre her, daß eine Unterhaltungskünstlerin aus Eberswalde durch eine Selbstbezeichnung ins Gerede kam. Dagmar F., die der Westjournalismus gönnerhaft zur »Valente des Ostens« hochjubelte, lächelte damals von Großplakaten und bekannte: Ich lese BILD!



»Unsere Kati«: Vermarktung bis auf die Haut und darunter.

So oft geschieht es nicht, daß jemand seine Defekte öffentlich macht und mit seiner Halbbildung prahlt, aber der kessen Daggi sah man das nach, denn irgendwie stimmte die »Schnittmenge« zwischen der BLÖD-Zeitung und der meist blonden märkischen Heideleerle. Man stelle sich, nur juxhalber, mal vor, unter ihrem überlebensgroßen Posterporträt hätte gestanden: Ich lese Thomas Mann! Also den mit den langen Sätzen. Die Leut wären ins Lachkoma gefallen...

Nun, plötzlich und unerwartet, wird das Zentralorgan deutscher Leitkultur von einem oststämmigen Frauenzimmer erneut hofiert, und zwar auf eine Art und Weise, gegen die der Exhibitionismus der singenden Fünffachgattin geradezu lächerlich wirkt, wenngleich nicht weniger peinlich. Die Dame, von der die Rede ist, machte früher durch unerhörte Sprünge auf dem Eis auf sich aufmerksam. Heute stellt sich heraus, daß sie auch einen Sprung in der Schüssel hat. Und zwar einen mächtig gewaltigen. Ihr haftet noch immer der Ruf an, das schönste Gesicht des Sozialismus gewesen zu sein, von einem besonders klugen Köpfchen war indes nie die Rede.

Kati Witt also saß neulich in einer der zahlreichen Talk-Shows und ließ ihre Eisbeine bis hoch zum Zwickel sehen und plapperte bar jeder Scham von einem Tag in der Redaktion der BILD. Die Chefschmierfinken hatten sie eingeladen, an einer speziellen Ausgabe zum »Tag der deutschen Einheit« helfers helfend mitzutun. Kurzzeitig durfte die »Kufenlady« sogar den Stuhl eines Redakteurs besetzen. Sie hätte, spruch sie, einen »echt schicken Eindruck« gewonnen, sie habe sich »echt cool« gefühlt und – jetzt wird es fett – sich davon überzeugt, daß bei BILD mit »Verantwortungsbewußtsein und Herzblut« gearbeitet werde. Die Moderatoren nahmen es kommentarlos hin, und die anderen Talk-Gäste, unter ihnen auch ein Serienstar und Theaterbetreiber im Oderbruch, trauten sich nicht, wenigstens mit einem Kraftwort zu reagieren. Vielleicht ist ihnen die Spucke weggeblieben...

Dr. STEFFEN PELTSCHEK

Seit dem 11. November zeichnete der Arbeiter- und Soldatenrat die Erlasse und Verfügungen sowie alle Korrespondenz des Eberswalder Magistrats gegen. Die Polizei war entwaffnet und dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt, die paramilitärische »Jungwehr« aufgelöst worden. Seit den Wahlen zum ordentlichen Arbeiter- und Soldatenrat am 18. und 20. November bestand dieser aus 45 Vertretern der SPD, 32 der USPD sowie 33 der Angestellten. Tagungslokal war das »Feldschlößchen« (heute »Bierakademie«). Im Gymnasium war das Militärbüro des Arbeiter- und Soldatenrates eingerichtet worden.

Schon in den ersten Revolutionstagen setzten die Arbeiter- und Soldatenräte in fast allen Betrieben wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter durch. Erleichterungen der Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit. So galt nun in allen Betrieben im Finowtal die 48-Stunden-Woche, in den Ardel-Werken sogar die 46-Stunden-Woche.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich eigene Exekutivorgane geschaffen, wie den Vollzugsausschuß, den Lebensmittelausschuß, den Überwachungsausschuß für die städtischen Einrichtungen und den Ausschuß für das Standgericht. Zu letzterem hatte es im Rat kontroverse Diskussionen gegeben.

Aber die alten Machtstrukturen bestanden parallel dazu weiter. Oberbürgermeister Hopf blieb in seinem Amt, ebenso die meisten Stadtverordneten, Beigeordneten und Stadträte. Der kaiserliche Beamtenapparat funktionierte ungestört weiter. Auf einer Bürgerversammlung am 15. November zum Thema »Die Stellungnahme zur neuen Staatsordnung«, zu der u.a. Robert Ardel, Meta von Knobelsdorff-Brenkenhoff, Geheimrat Hirschberg und Oberförster Möller aufgerufen hatten, reflektierte der als Versammlungsleiter fungierende Justizrat Ludwig Sandberg die Stimmung im Eberswalder Bürgertum ziemlich genau, als er meinte, die Revolution sei »wie ein Dieb über Nacht gekommen«.

Die Angst vor Bolschewismus und Sowjetmacht waren allerdings unbegründet. »Wir müssen Boden unter den Füßen haben, der jetzige Zustand der Erlasse muß verschwinden, denn wir wollen das Volk von der Klassenherrschaft befreien, nicht aber eine Diktatur des Proletariats an ihre Stelle setzen«, beschwor Wilhelm Ulm am 8. Dezember auf der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates seine Genossen, als es um die Frage Nationalversammlung oder Rätemacht ging. »Wir verüben Verrat an unseren Genossen, wenn wir nicht dahin wirken, daß die Versammlung schnell zustande kommt.« Mit »unseren Genossen« meinte Ulm die Regierung des »Rates der Volksbeauftragten« um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann.

Von deren Bündnis mit dem Chef des kaiserlichen Generalstabs Wilhelm Groener zur Niederschlagung der Revolution wußten die Eberswalder Sozialdemokraten damals nichts. Auch Philipp Zopf, Franz Heinrich und andere

Vor 90 Jahren:

## Revolution in Eberswalde (2)

von Udo und Gerd Markmann

**Die Arbeiterschaft des Finowtals hatte in den Revolutionstagen des Novembers 1918 die reale Macht in ihre Hände genommen. Bei der großen Demonstration am 11. November hatte der Gewerkschafts- und SPD-Führer Wilhelm Ulm auf dem Eberswalder Marktplatz die Republik ausgerufen. Auf dem Rathausdach wehte in diesen Tagen eine große rote Fahne.**

sprachen sich auf dieser Sitzung des Rates für die schnelle Einberufung der Nationalversammlung aus, weil Arbeit und Brot die beiden Hauptforderungen seien und dies durch die Nationalversammlung sowie den notwendigen Aufschwung herbeigeführt werde.

Aber selbst jene, die auf jener Versammlung gegen die schnelle Einberufung der Nationalversammlung argumentierten, wie Franz Müller, Bacher, Mercier und andere, forderten nicht die Rätemacht, sondern lediglich die Wahl der Nationalversammlung zu einem späteren Zeitpunkt, weil die Grenzen des Deutschen Reiches noch zu unbestimmt seien und die Kriegsgefangenen dadurch des Wahlrechts verlustig gingen. Sie brachten aber auch zum Ausdruck, daß eine baldige Einberufung der Nationalversammlung die Arbeiterschaft und

der Früchte der Revolution bringen würde und damit dem Unternehmertum die Gelegenheit geben würde, die Arbeiter wieder vollständig zu Boden zu drücken.

Die Mehrheit im Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat folgte den Mehrheits-Sozialdemokraten um Wilhelm Ulm und Philipp Zopf. Der 1. Reichsrätekongreß, der vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin tagte, bestätigte die Übertragung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt an die »Volksbeauftragten« und votierte für die Einberufung einer Nationalversammlung, die dann am 19. Januar 1919 gewählt wurde.

Dem Reichsrätekongreß folgte zu Weihnachten der Überfall auf die Volksmarinedivision im Berliner Schloß und schließlich die Blutwoche Anfang 1919, in der die Führer der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorpsoldaten unter Befehl des sozialdemokratischen »Volksbeauftragten für Heer und Marine« Gustav Noske ermordet wurden. Die von Franz Müller und anderen geäußerten Befürchtungen bestätigten sich.

Quellen:

ARENDE, LUDWIG: Zur Novemberrevolution 1918 in Eberswalde (aus Erinnerungen, Manuskript, Eberswalde 1953/54)

KEMPFERT, DIETER: Die Novemberrevolution im Roten Finowtal, Barnimer Bürgerpost 12/1998

SCHOLZE, KARLHEINZ: Die Ardelts – Die Geschichte vom Aufstieg und vom Untergang der Ardelwerke GmbH in Eberswalde von 1902 bis 1945, Teil II (in: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 1999/2000, Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V., Eberswalde 1999)

Dr. SEFKOW, WERNER: Zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution und zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD, Eberswalde 1988

WEHR, PHILIPP: Erinnerungen an meinen Vater Philipp Zopf, unveröffentlichtes Manuskript, Bremerhaven 1953

Anmerkungen:

Die Gedenktafel, die am Gebäude der Gaststätte an der Brauerei an das Tagungslokal des A.-u.-S.-Rates erinnerte, verschwand im Zuge des Umbaus zur »Bierakademie« Anfang der 1990er Jahre von der Fassade des Gebäudes.

Die nach dem Sozialdemokraten Philipp Zopf benannte Straße erhielt zur Zeit des sozialdemokratischen Bürgermeisters Dr. Hans Mai den alten Namen des Hohenzollernkaisers Wilhelm.

Auch nach Franz Müller, nach dem Tod von Philipp Zopf dessen Nachfolger als Vorsitzender des Zentralausschusses der Finowtaler Arbeiter während der Abwehr des Kapp-Putsches im März 1920 und später als Kommunist von den Nazis verfolgt, wurde in Eberswalde zu DDR-Zeiten eine Straße benannt. Die Franz-Müller-Straße entging der »Bilderstürmerei« nach der Wende und heißt noch heute so. Vielleicht fehlten Mai & Co. die historischen Kenntnisse.

### An die Bürgerschaft der Stadt Eberswalde!

In der Bevölkerung herrscht Erregung über angeblich unberechtigte Requisitionen. Diese Erregung ist nicht am Platze. Untersuchungen und Requisitionen, soweit sie auf unser Betreiben vorgenommen werden, richten sich nur gegen den Schleichhandel und gegen das abvermählte Hamstern von Lebensmitteln, die eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung bilden.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen macht es den Eindruck, daß Personen in Militärkleidung Requisitionen und Untersuchungen ohne unser Wissen vornehmen, um sich zu bereichern.

Requisitionen werden von uns nur vorgenommen, wenn die Nachweise schlimmer Verbrechen haben.

Wir werden in Kürze die Protokolle über die bisher vorgenommenen Befragungen der Öffentlichkeit unterbreiten, um zu beweisen, daß alle die von uns veranlaßten Untersuchungen und Feststellungen im Interesse der gesamten Bevölkerung sind.

Bei irgend welchen Feststellungen der Untersuchungen durch Militär- oder Zivilpersonen haben die Betroffenen in allen Fällen einen Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrates vorzulegen, der die unterzeichneten Unterschriften trägt.

Jeder sich über solche Eingriffe beschwert fühlende kann sich abends um 6 Uhr an das Militärbüro im Ohmannsraum wenden. Dort tagt eine Beschwerdef Kommission des Polizeiauswahnschusses, die alle Beschwerden nachprüfen hat.

Der Arbeiter und Soldatenrat.  
Z. Friedrich. Ulm.

Der Arbeiter- und Soldatenrat sorgte für Ruhe und Ordnung in der Stadt und ging gegen Spekulanten vor.



# Fermats letzter Satz

**Das »Jahr der Mathematik« geht zu Ende. Damit endet auch unsere Serie zur Mathematik. Abschließend berichten wir über einen als sensationell zu bezeichnenden Erfolg der Mathematik bei der Lösung eines fast 350 Jahre alten Problems.**

Als PIERRE DE FERMAT am 12. Januar 1665 starb, war er einer der berühmtesten Mathematiker, obwohl sein Beruf Jurist war. Er betrieb Mathematik in seiner Freizeit, und formulierte den nach ihm benannten letzten Satz.

Worum geht es dabei?

Jeder von uns lernte in der 7. Klasse den Lehrsatz des Pythagoras:  $a^2 + b^2 = c^2$ . Wenn man den Exponenten 2 durch eine andere natürliche Zahl  $n > 2$  ersetzt, lautet die Formel  $a^n + b^n = c^n$ . Aber für welche  $n > 2$  lassen sich Zahlen  $a$ ,  $b$  und  $c$  finden?

Fermat sagte im Jahre 1637: Für gar keine. Das ist der Inhalt von Fermats letztem Satz.

Auf den ersten Blick eine scheinbar einfache Behauptung, aber deren Beweis dauerte fast 350 Jahre. Fermat selbst schrieb an den Rand eines Textes, daß er ein wahrhaft wunderbaren Beweis gefunden hat, aber der Rand sei zu schmal, um diesen aufzuschreiben. In seinem Nachlaß wurde nur diese Notiz gefunden.

Man kann nach heutigem Wissen vermuten, daß ihm ein Beweis für die Zahlen  $n=3$  und  $n=4$  gelungen ist. Einen richtigen Beweis für diese Fälle legte erst EULER 1753 vor. Den Fall  $n=5$  bewiesen die Franzosen DIRICHLET und LEGENDRE 1828. Der Franzose LAME bewies im Jahre 1840 den Fall  $n=7$ . Der deutsche Mathematiker KUMMER bewies 1847 die Richtigkeit von Fermats letztem Satz für alle Zahlen  $<100$ , mit Ausnahme von  $n=37$ , 59 und 67, für welche 1857 ebenfalls ein Beweis erbracht werden konnte. Bis etwa 1976 war für alle Zahlen  $<25.000$  Fermats letzter Satz bewiesen.

Eine sehr große öffentliche Bedeutung erlangte Fermats letzter Satz im Jahre 1906 durch die Spende des Juden PAUL WOLFSKEHL. Dieser spendete 100.000 M der Göttinger Gesellschaft für Wissenschaften mit der Auflage, diese als Preisgeld für die Lösung von Fermats letztem Satz zu verwenden. Die Lösung mußte als Buch oder Zeitschriftenartikel erscheinen, und nach einer Wartefrist von 2 Jahren könnte dann der Preis ausgezahlt werden. Am 13. September 2007 sollte der Preis erlöschen. Als Resultat entstand eine nicht zu beherrschende Flut von z.T. sinnlosen Lösungsversuchen. Es wurden extra Zeitschriften, die im Selbstverlag erschienen, gegründet, um Manuskripte zur Lösung des Problems abzdrukken. Die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaft war überlastet mit der Prüfung von Manuskripten. Zeitweise wurde deren Prüfung sogar abgelehnt. Sogar der sehr auf Qualität achtende B.G. Teubner Verlag Leipzig druckte bis 1911 in seiner Zeitschrift »Archiv der Mathematik und Physik« 111 Lösungen ab, die alle falsch waren.

Einen Hoffnungsschimmer gab es in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts. Der britische Mathematiker ANDREW WILES hatte sich 7 Jahre lang, fast unter Ausschluß der Öffent-

lichkeit, mit diesem Problem beschäftigt. Er glaubte eine Lösung gefunden zu haben, und präsentierte diese am 23. Juni 1993 in Cambridge einem großem Publikum von Mathematikern. Fermats letzter Satz geriet wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Alle glaubten zunächst an die Lösung, das Wolfskehl Komitee wurde umgehend informiert, und Andrew Wiles reichte sein Manuskript bei einer mathematischen Zeitschrift ein. Bei der Begutachtung wurde dann aber Ende August ein Fehler in der Beweisführung gefunden.

Im Dezember 1993 gab Andrew Wiles zu, einen Fehler gemacht zu haben, und versprach zugleich diesen zu beheben. Nur ganz wenige Mathematiker glaubten ihm noch, er war zweifelt. Es sollte noch schlimmer kommen. Anfang April 1994 gab es eine Nachricht im Internet, wonach es einem Harvard Professor gelungen sei ein Gegenbeispiel zu finden, also Fermats letzter Satz falsch war. Eine Überprüfung der Nachrichtenquelle führte auf einen bekannten kanadischen Zahlentheoretiker. Dieser hatte die ursprüngliche Nachricht am 1. April verfasst... Andrew Wiles begann sich mit der Niederlage abzufinden. Gerade als er sich letztmalig und abschließend mit Fermats letztem Satz beschäftigte, kam ihm die entscheidende, zum Ziel führende Idee. Er veröffentlichte diese Gedanken am 25. Oktober 1994. Das Problem war gelöst. Der Wolfskehl Preis wurde an Andrew Wiles ausgezahlt.

Vielleicht noch einige Bemerkungen zum Wolfskehl Preis. Paul Wolfskehl hat sicherlich in guter Absicht den Preis gestiftet. Die Familie Wolfskehl war in Darmstadt als Wohltäter sehr geachtet. Der Wolfskehl Preis selbst hat nicht das geringste zum Fortschritt in der Mathematik beigetragen. In einem Stahlschrank der Göttinger Akademie werden die eingesandten Manuskripte aufbewahrt, diese stellen eine Belästigung für das Personal der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen dar. Im Durchschnitt mußte eine Arbeit je Woche begutachtet werden. Ein Einsender verfasste über 60 falsche Beweise. Für einen mathematisch interessierten Psychiater müsste das Material der Fermatbeweiser ein reichhaltiges Untersuchungsmaterial ergeben. Viele Mitglieder der Familie Wolfskehl, die in Darmstadt sehr verwurzelt war, mußten nach 1933 emigrieren. Die es nicht schafften, kamen in Konzentrationslagern um. In Darmstadt erinnert die Wolfskehlstraße und ein von der Familie angelegter öffentlicher Park an die Familie.

Der Beweis von Fermats letztem Satz hat für die Mathematik keine praktische Bedeutung. Es war viel mehr das Bestreben gewesen, als erster ein recht einfach und scheinbar leichtes Problem gelöst zu haben.

Dr. ULRICH POFAHL

## Ein Nachruf

Am 23. Oktober 2008 starb Cäsar Peter Gläser. Vom Krebs dahingerafft. Eine legendäre Gestalt des deutschen Musikzirkus tritt von den Brettern ab und hinterläßt, wie es für Musiker auch richtig ist, eine Geschichte in Liedern und Erinnerungen. Der Mann, der zwischen Kult und Katastrophe pendelte, der noch nicht 18-jährig zur Klaus Renft Combo stieß, dort in die Flöte blies und den Apfeltraum wahr werden ließ, hat seinen Gitarrenkoffer für immer und ewig zugeschnürt.

Cäsar war, was viele heute nicht mehr schafften. Charakter, Charisma und knarrender Mann – liebevoll, in seinen Brüchen menschelnd und konsequent. Über 40 Jahre Musik, über 40 Jahre Rock & Roll. Da hießen die rollenden Steine auf seinem gelben Backsteinweg Renft, Karussell, die Amiga Bluesband, Cäsar und die Spieler und dieses charmante Lächeln und seine hilfreichen Hände – ausgestreckt, wenn Hilfe gebraucht wurde, von Kollegen oder Projekten. Cäsar war mitfühlender Vagabund, tänzelnder Derwisch, The Voice und »Wer die Rose ehrt!«.



Cäsar im Mai 2006 in Cöthen (b. Hohenfinow).

Und er war eine Geschichte. Der Ostzonemann, der vor Tausenden rockte, durch Verbote schlingerte, der in den Westen ging und wieder aufstand, der zurückkam und frischen Wind brachte als die Winde sich drehten.

Und er war Vater, Ehemann und Freund. Unbezwingbar, zeitlos lebend. Eine Garantie im Vertrag mit der Welt. Wenns wieder mal hoch und runter ging war hier ein Mensch, der stand hielt. Nun hat er den Staffelstab abgegeben. Nun hat er die letzte Saite gestimmt.

Ich durfte ihm ein Lied schreiben. Ich durfte ihn kennenlernen. Kurz. Und ihn lachen sehen und ihn seine Frau umarmen sehen und seine Tochter, auf die er stolz war, wie Bolle. Und er sprach von seinen Söhnen und er war stolz. Ein Vater, ein Liebender.

Cäsar hat Blumen gepflanzt, musikalische Erinnerungen hinterlassen. Er war Wegbegleiter für so viele Menschen, er war immer ganz nah dran. Das machte ihn aus und das hinterläßt diese Lücke im Leben der Menschen.

Wenn einer geht, der nicht zu ersetzen ist. Wenn einer geht, der dazu gehörte. Wenn einer geht.

Anzeigen

## Naturheilpraxis

Dr. rer. nat. Magdalene Westendorff, Heilpraktikerin

Zickenberg 24, 16225 Eberswalde OT Tornow

Telefon: 0 33 34 - 28 90 82

Sprechzeiten nach Vereinbarung

### Blutegeltherapie

Pflanzenheilkunde, Homöopathie, Schröpfen, Ohrkerzen

Die bleibende Rocklegende  
Cäsar Peter Gläser wird 60!

### Die Konzert-Party mit Gästen

am 7. Januar 2009

im Anker Leipzig (Renftstraße 1)

Tickets ab Montag, 17.11.08 für 23,00 Euro zzgl. Gebühren deutschlandweit an den Vorverkaufsstellen oder unter [www.ticketgalerie.de](http://www.ticketgalerie.de) erhältlich!

[www.caesar-music.de](http://www.caesar-music.de)

Birgit Kowalski-Nentwich, Pressebüro

Dake Event, Abtaundorfer Straße 60, 04347 Leipzig, <http://www.dake-event.de>

Wir bedanken uns bei unseren  
Kunden und Geschäftspartnern  
für die sehr angenehme  
Zusammenarbeit im Jahr 2008.

16225  
Eberswalde  
Heegermühler Str. 64  
**MATZKOW**  
GmbH  
25 33 0

**Elektroinstallation**

- Privat
- Gewerbe
- Kommune
- schnell
- preiswert
- zuverlässig

**Angela Mätzkow**  
Dipl.-Elektronikingenieur (FH)  
Betriebstechnischer Leiter

☎ 0 33 34 / 25 33-0  
0 33 34 / 25 33 25  
Havariendienst: 030 / 24 73 81 19 44

Wir vergessen dich nicht

## Kerstin Gast

3. April 1955 - 1. Dezember 1998

Dr. Manfred Pfaff

(Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.)

### »Warum in die Ferne schweifen ...«

Einen ereignisreichen Nachmittag direkt vor der Haustür erlebte unlängst die Ortsgruppe »Schwärtzel« der Volkssolidarität Barnim. Im Rahmen einer organisierten Stadtrundfahrt mit örtlicher Reiseleitung ging es quer durchs heimatliche Eberswalde und seine schöne Umgebung. Knapp 30 Teilnehmer der Ortsgruppe waren dem Ruf zu den infrastrukturellen Highlights der Waldstadt gefolgt: Messingwerk, Gropius-Krankenhaus und Hafenanlage standen den Gästen unter sachkundiger Führung

offen und gewährten Einblicke in sonst in dieser Form nicht erreichbarer Tuchfühlung.

Während des anschließenden Kaffees in der VS-Begegnungsstätte in der Finower Bahnhofstraße empfing die Geschäftsführerin, Frau Höing, die Ausflügler zu einem Gedankenaustausch. Warum in die Ferne schweifen, das Gute liegt so nah ..., mit diesem Resümee eines informativen Tages sei die Stadtrundfahrt zur Nachahmung empfohlen.

WILHELM LANGE

### »Light me Amadeu«

Rassismus erkennen & überwinden

#### Schlechte Gutscheine + Residenzpflicht endlich abschaffen

Demonstration Sonnabend, 6. Dezember, 14 Uhr in Eberswalde, Start am Kreishaus (am Markt)

Diese 2. Demo ist eine der Aktionen, die von Barnimer Schülerinnen und Schülern zur Überwindung von Rassismus und Rechtsextremismus im Rahmen des open-space-Prozesses »Light me Amadeu« entwickelt wurden. Zusammen mit Erwachsenen rufen wir als Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« zu dieser Demonstration auf.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_  
2. Unterschrift Abonnent/in \_\_\_\_\_

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telex:** (0 18 05) 22 10 40 973

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Mächtig, Markmann (5),  
Archiv Richter, Teuteberg

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

**redaktionsschluß:** 29. November 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.1.2009, 12 Uhr.